

Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiter selbst sein!

## Nach den Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen Erfolge der AfD und komplizierte Regierungsbildungen

Am 1. September haben in Sachsen und Thüringen, drei Wochen später in Brandenburg Landtagswahlen stattgefunden. Diese Wahlen wurden allgemein mit großer Spannung erwartet, manche Medien sprachen sogar von Schicksalswahlen. Letzteres ist zwar eine übermäßige Dramatisierung, aber unbestreitbar werden diese Wahlen Auswirkungen haben, die über die direkt betroffenen Bundesländer hinausgehen.

Der Redaktionsschluss dieser Ausgabe war kurz vor der Brandenburg-Wahl. Diese Resultate konnten deshalb nicht mehr berücksichtigt werden.

Für Sachsen und Thüringen haben die Landtagswahlen im wesentlichen die Tendenzen bestätigt, die bereits bei den Europa- und Kommunalwahlen zu erkennen waren. Wie in (fast) allen Wahlen hatten auch hier die Themen der großen Politik und die Beurteilung der Bundesregierung erheblichen Einfluss auf Stimmungen und Entscheidungen der Wähler. Es ging keineswegs nur um die landespolitischen Themen im engeren Sinne.

### Blockademacht für die AfD

Die AfD konnte ihre Position weiter ausbauen. Ihre Wahlergebnisse waren dabei noch etwas besser, als in den letzten Umfragen vorausgesagt. In Thüringen bildet die AfD die stärkste Fraktion im neuen Landtag. Hier stellt sie mit ihren 32 (von 88) Sitzen mehr als ein Drittel der Abgeordneten und kann damit Entscheidungen, die einer Zweidrittel-Mehrheit bedürfen, blockieren bzw. in ihrem Sinne beeinflussen. In Sachsen wurde diese Blockadestärke (bei 40 von 120 Sitzen) nur denkbar knapp verfehlt.

Es sind aber nicht nur die Handlungsmöglichkeiten der größer gewordenen Landtagsfraktionen, die

den AfD-Erfolg ausmachen. Die wichtigste Auswirkungen sind indirekter Art. Erkennbar wird das durch die teils hektischen Profilierungsversuche der anderen Parteien bei Themen der AfD, z.B. die jüngsten Forderungen des CDU-Vorsitzenden Merz zur Zurückweisung von Migranten an den Grenzen und die Ankündigungen der Bundesregierung zur Verschärfung der Migrationsregeln.

Die CDU hat einigermaßen gut abgeschnitten. Vermutlich war sie als Oppositionspartei im Bund nicht so stark von der allgemeinen politischen Unzufriedenheit betroffen. Einen

*Fortsetzung auf Seite 3*

### Inhalt

Nach den Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen	1
Die Früchte der Krise: Warum die AfD im Osten profitiert	4
Deutschland nach der Zeitenwende	8
Das Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz	13
Die Entmachtung der Citoyens	19
<b>Eine Frage der Methode – Verfechter der Einheitsfront.</b>	
August Thalheimer anlässlich seines 140. Geburtstags	23

## In eigener Sache

Als wären wir in einer Zeitschleife gefangen: alle nationalen und internationalen Problemlagen begleiten uns seit Jahren, nirgends sind Lösungen oder zumindest Erleichterungen in der Konfliktbearbeitung zu erkennen.

In den Wechsel der Kandidatur für das Präsidentenamt der USA sollte man keine Hoffnungen setzen. Wenn er eine Chance bietet, dann diejenige, dass vom höchsten Amt der mächtigsten Militär- und Industrienation aus keine so dreisten Fake-News und Lügen verbreitet werden, wie es unter Trump zu erwarten ist. Die Demokraten erscheinen mit ihrer Rhetorik zwar berechenbarer und verbindlicher, die großen Linien der USA aber wird Harris fortsetzen. Dazu zählt auch, mehr noch als bei Trump, der sich einfach nicht in die Karten schauen lassen will, der Kriegskurs gegen Russland.

Das Leiden der Menschen in Palästina und Israel geht unvermindert weiter. Die rechte Regierung zündelt weiterhin mit der Gefahr eines offenen Krieges gegen die Hisbollah und will die USA hineinziehen, was zu einem Weltenbrand führen könnte. Eine Lösung ist nicht in Sicht.

Die Zuspitzung des Krieges in der Ukraine kann einen weiteren Schritt in Richtung Abgrund bedeuten. Kanzler Scholz hat in den USA der Stationierung von Mittelstreckenraketen in Deutschland zugestimmt ohne die Zustimmung des Parlaments, ohne öffentliche Diskussion. Entgegen seinem Schwur, „Schaden vom deutschen Volk fernzuhalten“, macht er damit Deutsch-

land zu einem vorrangigen Angriffsziel Russlands.

Mit der Rolle und der Wirksamkeit der AfD hat sich ein Genosse auseinandergesetzt, ohne dafür die Schein-Erklärungen der bürgerlichen Medien bemühen zu müssen.

Eingeleitet wird der Themenkomplex mit einem Resümee zum Ausgang der Wahlen in Thüringen und Sachsen.

Im Vorfeld der Wahlen haben die „demokratischen“ Parteien aus Furcht vor Wahlerfolgen der AfD deren Forderungen und Parolen aufgegriffen und in der Migrationsfrage die Gesetze verschärft, im Glauben, der AfD dadurch das Wasser abzugraben zu können. „Werch ein Illtum!“ Das Gegenteil ist geschehen.

Eine Zäsur in der Geschichte der BRD hat stattgefunden: rechte Parolen, die vormals verfehmt waren, sind gesellschaftsfähig geworden. Sie werden nun auch von den bürgerlichen Parteien übernommen. Dass dies keine bloßen Ausrutscher sind und die Rechtsentwicklung in vielen wesentlichen Politik- und gesellschaftlichen Feldern fest gegriffen hat, thematisiert ein weiterer Artikel. Die wohlbekannte Zeitenwende bringt ihre Früchte hervor.

Die Gesetzesverschärfungen, die im Zusammenhang mit den islamistischen Messerattacken durchgedrückt werden, lassen sich gegen alle Gruppierungen und Personen anwenden, die Kritik an den bestehenden Maßnahmen und Verhältnissen üben; damit natürlich auch gegen alle, die links stehen.

Anlässlich des 140. Geburtstags von August Thalheimer drucken wir einen Artikel eines Genossen, der der Gruppe nahesteht, ab. Zuerst ist der Text in der „Jungen Welt“ erschienen.

Georg Auernheimer, Referent auf unserer Konferenz Anfang Juni in München und Autor des Buches „Die strategische Falle“, hat uns für diese Nummer einen Artikel zur Verfügung gestellt, der sich mit der „Entmachtung der Citoyens“ befasst. Er diskutiert die Tendenz, dass gesellschaftlich wichtige Entscheidungen mehr und mehr von demokratisch nicht legitimierten Gremien beeinflusst und getroffen werden.

Mit der geplanten Krankenhausreform hat sich ein befreundeter Genosse und Arzt auseinandergesetzt.

**Wir bedanken uns bei unseren Leserinnen und Lesern für die eingegangenen, teilweise großzügigen Spenden! Um unsere Arbeit fortsetzen zu können, sind wir darauf angewiesen.**

Unsere Jahreskonferenz wird am 19. und 20. Oktober in Nürnberg stattfinden.

Den Schwerpunkt bilden die Fragen, die sich um die Rechtsentwicklung in Deutschland ergeben haben. Dazu zählen unter anderem die Parteien und ihr Zustand, die innenpolitischen Probleme und ihre Begleiterscheinungen nach den letzten Wahlen und die Perspektiven für einen notwendigen Widerstand.

Um Anmeldung über die Redaktionsadresse wird gebeten.

### Impressum:

Verantwortlich im Sinne des Presserechts:  
M. Derventli, Bucherstr. 20  
90408 Nürnberg  
Druck: Eigendruck im Selbstverlag.  
Zuschriften: Arbeiterstimme  
Postfach 910307, 90261 Nürnberg  
redaktion@arbeiterstimme.org  
www.arbeiterstimme.org

Bankverbindung: Hans Steiger  
Postbank München  
IBAN: DE 85 7001 0080 0665 9248 08  
BIC PBNKDEFF

Die Arbeiterstimme erscheint viermal im Jahr. Abonnement und Geschenkabonnement kosten 13,- € (einschließlich Versandkosten). Über Förderabonnements (ab 20,-€ aufwärts) sind wir sehr erfreut. Den Betrag bitten wir, jeweils am Jahresanfang zu überweisen. Rechnungserstellung erfolgt aus Kostengründen in der Regel nicht, sondern nur auf Wunsch. Die Abonnements können zum Jahresende gekündigt werden. Falls die Bezahlung des Abonnements eine Belastung darstellt (z. B. aus sozialen Gründen), schicken wir die Arbeiterstimme auch kostenlos zu. An Tausch-Abos mit anderen Zeitschriften

sind wir interessiert, bitte schickt uns ein Probeexemplar. Die inhaltliche Mitarbeit bei der Arbeiterstimme ist erwünscht: Die Redaktion behält sich aber das Recht vor, Artikel abzulehnen, zu ändern oder zu kürzen. Leser\*innenbriefe geben nicht Meinung der Redaktion wieder.

Helft mit, die Arbeiterstimme zu verbreiten! Schickt uns Adressen von politisch interessierten Menschen, denen wir die Arbeiterstimme probeweise zuschicken können.

Nachdruck nur mit Einverständnis der Redaktion (außer bei politisch nahestehenden Organisationen) und gegen Zusendung von Belegexemplaren.

großen Erfolg konnte sie aber auch nicht erzielen. In Thüringen erreichte sie einen Zuwachs von 1,9 Prozentpunkten, in Sachsen musste sie einen Rückgang um 0,2 Prozentpunkte hinnehmen, jeweils im Vergleich zu den letzten Landtagswahlen.

Wenig überraschend haben dagegen die an der gegenwärtigen Bundesregierung beteiligten Parteien schlechte bis katastrophale Ergebnisse erzielt. Die FDP ist in den beiden Landtagen nicht mehr vertreten und hat die 5%-Hürde jeweils deutlich verfehlt. Die Grünen haben nur noch in Sachsen die 5% knapp geschafft. Die SPD konnte letztlich froh sein, wieder in die Landtage einzuziehen, in Thüringen mit nur noch 6,1 % der Stimmen.

Das „Bündnis Sahra Wagenknecht“ (BSW) hat sich auf Anhieb mit zweistelligen Resultaten bei der Wählerschaft etabliert. Mit ihm ist auch bei der nächsten Bundestagswahl zu rechnen.

Die Partei „Die Linke“ (PDL) musste starke Einbrüche hinnehmen. Auch wenn das nicht ganz überraschend kam, die Partei muss diese gravierende Niederlage erst einmal verdauen. Noch ist unklar, welche weiteren Konsequenzen für die Partei daraus folgen werden.

Alle anderen Formationen waren weitgehend erfolglos. Die „Freien Wähler“ gewannen in Sachsen (Leipzig Land 3) ein Direktmandat, blieben aber landesweit mit 2,3 % deutlich unter der 5%-Hürde, ebenso wie in Thüringen (1,3%). Die „Werteunion“ von Hans-Georg Maaßen blieb bedeutungslos (Sachsen 0,3%, Thüringen 0,6 %). Anzumerken ist noch, dass in Sachsen mit den „Freien Sachsen“ eine weitere Rechtsaußen-Partei immerhin 2,2 Prozent erzielte.

Wenn man einmal annimmt, dass die Aussage der CDU, nach der es „keine Zusammenarbeit mit der AfD“ gibt, auch nach den Wahlen noch gilt, wird die Bildung einer Koalition oder eventuell auch nur einer einigermaßen stabilen Minderheitsregierung in Sachsen und Thüringen sehr schwierig werden. Ohne eine Übereinkunft mit dem BSW bzw. der PDL ist eine Mehrheit gegen die AfD nicht mehr möglich. In Thüringen ist für eine absolute Mehrheit im Landtag sogar die Einbeziehung beider, von BSW und PDL, notwendig

(CDU 23 Sitze + SPD 6 + BSW 15 = 44 Abgeordnete, es fehlt noch 1 Stimme zur absoluten Mehrheit von 45). Eine Zusammenarbeit über ein so breites Spektrum hinweg wäre für alle Beteiligten Neuland, es müssten sehr große politische Differenzen überbrückt oder irgendwie neutralisiert werden. Die Fragilität von solchen Regierungen ist offensichtlich.

### Zweischneidiger Wahlerfolg des BSW

Andererseits erwarten die Wähler von den Parteien gangbare Lösungen. Das erzeugt Druck, offen für eine Regierungsbeteiligung zu sein. Besonders für das BSW ist der Wahlerfolg deshalb auch zweischneidig. Denn es wird dadurch, sehr früh in seiner Entwicklung, zu Koalitionsverhandlungen „gezwungen“ und das unter sehr schwierigen und komplizierten Rahmenbedingungen. Wie die Partei damit konkret umgeht und welche Folgen daraus entstehen, wird sich zeigen. Auch bei den anderen Parteien bleibt abzuwarten, mit welcher Strategie und Taktik sie an ein solches Zweckbündnis herangehen werden. Sollten die jeweiligen Regierungen nicht funktionieren, geht es nicht nur um deren Bestand im betreffenden Bundesland. Auch innerhalb der sie tragenden Parteien könnten dadurch Entwicklungen mit erheblichen Langzeitfolgen angestoßen werden.

Zur Zeit zeichnen sich die künftigen Regierungen noch nicht konkret ab, weder die Form noch die Inhalte. Die entscheidenden Verhandlungen werden erst nach den Wahlen in Brandenburg stattfinden.

Ganz allgemein machen die Wahlergebnisse die fortschreitenden Verschiebungen im Parteienspektrum deutlich. Mit einem wichtigen Aspekt dieser Verschiebungen befasst sich der folgende Beitrag in diesen Heft *Die Früchte der Krise: Warum die AfD im Osten profitiert*.

Ein zweiter wichtiger Aspekt betrifft die linke Seite des Parteienspektrums, sprich die Situation bezüglich PDL und BSW.

Die PDL ist aus einem Zusammenschluss der PDS mit der von der SPD abgespaltenen WASG entstanden. Viele andere Linke, Gruppen und Einzelpersonen mit sehr unterschiedlichen politischen Erfahrungen und Biographien haben sich seitdem

mehr oder weniger engagiert an der PDL beteiligt. Bei aller Kritik, die auch an dieser Partei geübt wurde, bestand der weitgehende Konsens: Es ist sinnvoll, eine linke parlamentarische Vertretung zu haben. Eine solche eröffnet Möglichkeiten und Spielräume.

Allerdings ist ihr Charakter als breite Sammelbewegung auch ein Teil des Problems der PDL. Denn dadurch war und ist die PDL in sich politisch sehr heterogen, auch was grundsätzliche Fragen anbelangt. Dementsprechend konnte sich die Partei als Ganzes nie wirklich darauf einigen, was die wichtigsten Aufgaben der Partei sind bzw. sein sollten und welche Schwerpunkte zu setzen sind. Was ebenfalls nicht stattfand, war ein (allmähliches) Zusammenwachsen der Strömungen, verbunden mit einer Vereinheitlichung ihrer Positionen. Auch die weniger anspruchsvolle Variante des Zusammenwirkens, die Verständigung auf einen Minimalkonsens, der in der Öffentlichkeit vertreten wird, bei sonstiger Beibehaltung der verschiedenen Positionen, hat höchstens mehr schlecht als recht funktioniert. Die harsche Diskussionskultur innerhalb der Partei war und ist berüchtigt. Durch den Austritt von Sahra Wagenknecht und ihren Unterstützer:innen hat eine besonders virulente Ursache von innerparteilichem Streit ein Ende gefunden. Aber das war bei weitem nicht der einzige Streitpunkt. Die Heterogenität in der verbleibenden PDL ist weiterhin groß.

Die jüngsten Landtagswahlen haben betätigt, das BSW hat zur Zeit den größeren Wählerzuspruch. Die zukünftigen Wahlchancen der PDL sind dagegen ungewiss. Es ist fraglich, ob sie bei den nächsten Bundestagswahlen den Einzug ins Parlament schaffen kann.

Beim BSW gibt es noch viele offene Fragen. Der gewählten Vorgehensweise einer Parteigründung von oben herab kann man zwar ein gewisses Verständnis entgegenbringen, weil dadurch chaotische und lähmende Diskussionsprozesse vermieden werden konnten. Andererseits stellt sich dadurch auch die Frage, was eigentlich die Substanz dieser Partei ist, was sie wirklich darstellt, wenn man einmal von ihrer Galionsfigur und Namensgeberin absieht.

Ein Parteiprogramm mit ausführlichen Begründungen der eigenen Positionen wurde noch nicht vorgelegt. Im Wahlkampf wurden die vorhandenen Probleme der Menschen vom BSW aufgegriffen, die Aussagen und Lösungsvorschläge dazu bleiben aber oft vage. Die bisher propagierten Inhalte bieten durchaus Anlass für ein erhebliches Maß an Skepsis gegenüber den Vorstellungen des BSW. Dazu nur ein Beispiel. Es ist sehr oft lobend von der „sozialen Marktwirtschaft“ die Rede, von der Förderung des Mittelstandes, von „unserer Wirtschaft“. Man fragt sich, welche Gesellschaftsanalyse solchen Aussagen zu Grunde liegt.

Das BSW bezieht sich mit seiner Rhetorik und den konkreten Forderungen auf das gegenwärtige Be-

wusstsein vieler arbeitender Menschen und kann damit bei Wahlen punkten. Deswegen ist es aber noch keine Klassenpartei, insbesondere keine Klassenpartei, die die konsequente Vertretung der Interessen der Arbeiterklasse leisten kann und will.

Die oben kurz skizzierte Entwicklung stellt alle Linken (innerhalb und außerhalb von Parteien) vor schwierige Aufgaben. Einerseits macht die Rechtsentwicklung, wie sie im Erstarken der AfD zum Ausdruck kommt, eine linke Alternative in der Politik immer dringlicher. Andererseits wird die Lage durch die Aufspaltung in PDL und BSW nicht einfacher. Insbesondere, weil in beiden Parteien auch unklare und problematische Positionen vertreten werden. Bei aller Vorsicht in der Beurteilung einer noch

jungen Partei, das BSW ist sicher nicht die konsequent linke Partei, die sich Marxisten wünschen würden. Aber es geht nicht um Wünsche. Die Lage ist so wie sie ist und das politische Bewusstsein der Menschen ist auch so wie es ist. Wegen der ungünstigen Ausgangslage ist nicht auszuschließen, dass die weitere Entwicklung zuerst einmal zusätzliche Verwirrung stiftet und neue Illusionen erzeugt. Notwendig ist in dieser Situation die nüchterne und illusionslose Beurteilung der real stattfindenden politischen Auseinandersetzungen, welche Entwicklung sie nehmen und welche Widersprüche dabei auftreten. Vielleicht eröffnen sich dadurch neue Chancen für konsequent antikapitalistische Kräfte.

Stand 11.09.2024

## Kommunal- und Europawahlen

# Die Früchte der Krise: Warum die AfD im Osten profitiert



Überraschend war das Wahlergebnis zur Europawahl nicht. Alle Prognosen hatten der AfD einen hohen Stimmenanteil vorausgesagt. Und den hat die Partei bei den Wahlen am 9. Juni auch bekommen. Auf Bundesebene erhielt sie 15,9 Prozent der Stimmen. In den ostdeutschen Bundesländern lag ihr Stimmenanteil teilweise doppelt so hoch. In Thüringen und Sachsen-Anhalt lag ihr Ergebnis bei rund

30 Prozent – in Sachsen sogar bei 31,8 Prozent. In allen drei Bundesländern liegt damit die AfD erstmals deutlich vor der CDU – eine völlig neue Erfahrung für die Unions-Christen.

Neben der Europawahl fanden am 9. Juni in Sachsen zusätzlich Kommunalwahlen statt. Auch diese unterschieden sich im Ergebnis nicht groß von den Ergebnissen der Europawahl. Da die Wahlergebnisse aber nach den einzelnen Stadtteilen

und -bezirken ausgewertet werden, sind wegen der dort bekannten sozialen Strukturen Rückschlüsse auf das Wahlverhalten der Menschen möglich.

Besonders hart war das Wahlergebnis bei beiden Wahlen – der Europawahl wie auch bei den Kommunalwahlen – für die „Linke“. Sie erhielt in Sachsen nur noch 4,9 Prozent der Stimmen, bei den Wahlen im Jahr 2019 waren es noch 10,4 Prozent. Die Partei musste einen großen Teil ihrer Wählerschaft an das „Bündnis Sahra Wagenknecht“ (BSW) abgeben. Die Gründe dafür sind sowohl die innerparteilichen Streitereien als auch die unklare Haltung der Linken zur Migrationspolitik und dem Krieg in der Ukraine. Das BSW erhielt aus dem Stand 12,6 Prozent der Wählerstimmen. Und das, obwohl von ihm ein kaum sichtbarer Wahlkampf geführt wurde.

Ebenfalls abgestraft wurden die Grünen und die SPD. Mit 5,9 Prozent und 6,9 Prozent liegen sie im einstelligen Bereich, knapp über der 5-Prozentgrenze und nähern sich damit



dem Schicksal der FDP, die bei den Wahlergebnissen unter den „Sonstigen“ aufgeführt wurde.

## AfD-Sieg bei den Kommunalwahlen

Auch bei den Kommunalwahlen ging die AfD als Siegerin hervor. In allen zehn sächsischen Landkreisen ist sie die stärkste Kraft. In Chemnitz und Dresden gewinnt die AfD die Stadtratswahlen und stellt damit im Rat die größte Fraktion. Auch in kleineren Gemeinden und Städten ist sie erfolgreich, so in Freital, Pirna, Bautzen und Görlitz. Aber nicht nur die AfD hat zahlreiche reaktionäre Kandidaten durchgebracht, auch die faschistischen „Freien Sachsen“ waren in einzelnen Gemeinden, mit Schwerpunkt Erzgebirge, erfolgreich. Sie waren mit mehr als 500 Kandidaten zu den Kommunalwahlen angetreten, darunter militanten Neonazis und ehemaligen NPD-Mitgliedern.

Die Wahlergebnisse in den ostdeutschen Bundesländern unterscheiden sich deutlich von denen im Westen. Zwar hat die AfD auch dort deutlich zugelegt, aber ihre Ergebnisse im Osten sind fast doppelt so hoch wie im Westen. Es stellt sich daher die Frage, warum das so ist. Warum weichen die Ostdeutschen so sehr in ihren politischen Einstellungen und ihrem Wahlverhalten von den Westdeutschen ab? Endgültige und eindeutige Antworten auf diese Fragen sind schwierig.

Ab und zu kann man in bürgerlichen Analysen lesen, diese Andersartigkeit der ostdeutschen Menschen würde an ihrer DDR-Sozialisierung liegen. Doch auch das ist wenig plausibel. Schließlich haben wir im Westen ein Wahlverhalten, das sich dem im Osten nähert.

Um die Frage zu beantworten, benötigt man deshalb detaillierte Einblicke in das Wahlverhalten der Menschen. Die stattgefundenen Kommunalwahlen lassen diese Einblicke zu. Betrachtet man dort die Wahlergebnisse, kann man die Frage teilweise beantworten, warum die AfD so stark wurde. Die *Sächsische Zeitung* geht in einer ihrer Ausgaben auf die Wahlergebnisse für Dresden in den verschiedenen Stadtteilen und Wahlkreisen ein. Danach erhielt die AfD im gesamten Stadtgebiet 19,5

Prozent der Stimmen. Diese waren aber sehr unterschiedlich verteilt. Die besten Ergebnisse erzielte sie in den Stadtteilen Prohlis und Gorbitz-Süd. In diesen Stadtteilen leben viele Geringverdiener, Rentner, Arbeitslose und Flüchtlinge. Im Stadtteil Gorbitz-Süd erhielt die AfD mit 39,4 Prozent ihr höchstes Stimmenergebnis. Ganz anders sieht es in dem Wahlbezirk Äußere Neustadt aus. Dort waren für die AfD nur 3,9 Prozent der Stimmen erreichbar. Bei der Äußeren Neustadt handelt es sich um das Dresdener Szeneviertel mit vielen Kneipen, teuren Eigentumswohnungen und einer mehrheitlich jungen Einwohnerschaft. Daraus wird ersichtlich, die AfD ist und wird stark in den sozialen Brennpunkten. Dort, wo die Lebensverhältnisse der Menschen nicht gut sind, wo es Probleme über Probleme gibt. Dort wählen viele diese Partei, offensichtlich nicht wissend, dass sich ihre Probleme, sollte sie an die Schaltstellen der Politik kommen, eher noch vergrößern würden. Schließlich ist das wirtschaftspolitische Programm der AfD eindeutig neoliberal ausgerichtet.

## Soziale Ungleichheit stärkt AfD



Die Wahlerfolge der AfD hängen, wie man sieht, mit der wachsenden sozialen Ungleichheit im Lande zusammen. Diese Entwicklung ist nicht auf Ostdeutschland beschränkt. Sie ist ein Phänomen, das man in der

gesamten BRD, ja weltweit feststellen kann. Eine neuere Studie (Oxfam International, Januar 2024) zeigt die Vermögensentwicklung der letzten Jahre auf. Danach konnten alle Milliardäre ihr Vermögen seit dem Jahr 2020 um 3,3 Billionen US-Dollar steigern, während die ärmsten fünf Milliarden Menschen der Welt 20 Milliarden US-Dollar Vermögen verloren. Was schon lange bekannt ist, wird hier bestätigt: die Reichen werden immer reicher, die Armen immer ärmer! Auch auf die BRD trifft diese Entwicklung zu. So ist das Vermögen der fünf reichsten Deutschen seit dem Jahr 2020 um rund drei Viertel gestiegen, von circa 89 Mrd. auf rund 155 Mrd. US-Dollar.

Dieser Handvoll Reichen stehen rund 17,7 Millionen Arme im Lande gegenüber. Laut dem Statistischen Bundesamt sind so viele Menschen in Deutschland von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht. Das sind 21,2 Prozent der Bevölkerung. Als armutsgefährdet gilt eine Person, wenn ihr Einkommen weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens beträgt.

Dieser Personenkreis ist in den ostdeutschen Bundesländern relativ größer als im Westen. Der Grund liegt in der Politik der Bundesregierung, die von ihrer Treuhandanstalt die DDR-Betriebe an westdeutsche Konzerne und mittlere bis kleinere Unternehmer regelrecht verschern ließ. Durch diese Politik wurde der Osten zu einem großen Niedriglohnsektor. Nur sehr wenige Unternehmer hielten sich an bestehende Tarifverträge oder sie umgingen diese, indem sie aus den entsprechenden Arbeitgeberverbänden austraten. Gleichzeitig zeigten sie sich in vielen Betrieben äußerst aggressiv gegen Gewerkschaften und auch gegenüber Betriebsräten. Die meisten Belegschaften nahmen die Maßnahmen ihres „Arbeitgebers“ hin. Diese Beschäftigten waren froh, überhaupt noch einen Arbeitsplatz zu haben. Schließlich hatten sie schlimme Erfahrungen gemacht. Die Übernahme eines DDR-Betriebes durch einen westdeutschen Unternehmer war immer mit einem radikalen Personalabbau verbunden. Wenn die Hälfte der ehemaligen Arbeitsplätze übrig blieb, konnte man von einem Glücksfall sprechen. Meist lagen die Zahlen deutlich darunter.

Anzeige

## August Thalheimer:

### Einführung in den dialektischen Materialismus



Vorträge für chinesische Studenten der Sun-Yat-Sen-Universität in Moskau 1927, mit den Vorworten zur deutschen Ausgabe, Wien-Berlin 1928, und zur amerikanischen, New York 1936.

Nachdruck 190 Seiten, Klebebindung.  
5,- Euro

Bestelladresse:

Arbeiterstimme, Postfach 910307  
90261 Nürnberg  
oder: [redaktion@arbeiterstimme.org](mailto:redaktion@arbeiterstimme.org)

## August Thalheimer

### Über die Kunst der Revolution und die Revolution der Kunst



Das Essay Thalheimers entstand Ende der 1940er Jahre im kubanischen Exil. Es beinhaltet Reflexionen zur marxistischen Ästhetik und zur Kritik der damaligen Sowjetunion. Mit editorischen Vorbemerkungen und einer Einführung von Theodor Bergmann.

Broschüre, DIN-A5, 80 Seiten, 6,- €

Arbeiterstimme, Postfach 910307  
90261 Nürnberg  
[redaktion@arbeiterstimme.org](mailto:redaktion@arbeiterstimme.org)

Das alles geschah vor dem Hintergrund einer Massenarbeitslosigkeit von zeitweise mehr als 25 Prozent.

Inzwischen ist viel Zeit vergangen und die Unternehmen haben sich, wenn sie noch bestehen, konsolidiert. Verfestigt haben sich allerdings auch die negativen Dinge der Anfangszeit. So gibt es viele Betriebe ohne Betriebsrat. Dort ist alleine der Unternehmer der „Herr im Hause“ und entsprechend sind dann dort auch die Arbeitsbedingungen. Die abhängig Beschäftigten haben nur wenig zu sagen. Eine weitere Folge dieser Entwicklung ist der Zustand der Gewerkschaften. Der Organisationsgrad in den meisten Betrieben ist sehr niedrig und in nur wenigen Betrieben ist eine Gewerkschaft mit einer solchen Belegschaft in der Lage, einen Erzwingungsstreik durchzuführen. Diese Zustände führen zu Missstimmungen und zu Verdruss in den Betrieben und in der Bevölkerung. Die Konsequenz aus dieser Situation ist eine Lohnlücke, die seit mehr als 33 Jahren besteht. Die Einkommensunterschiede und die soziale Ungleichheit zwischen Ost- und Westdeutschland sind deshalb nach wie vor ziemlich groß. Im vergangenen Jahr verdienten Vollzeitbeschäftigte in Ostdeutschland nach Angaben des Statistischen Bundesamts durchschnittlich 824 Euro brutto pro Monat weniger als ihre Kollegen im Westen. Ein Jahr zuvor lag der Unterschied bei 842 Euro.

Diese Lohnlücke wäre relativ rasch und einfach zu beseitigen. Dazu müssten sich die Belegschaften nur in hohem Maße gewerkschaftlich organisieren und die Angleichung durchsetzen. Die Unternehmen sind im Osten genauso produktiv, wenn nicht sogar noch produktiver als im Westen. Sie würden sich schnell einer Forderung beugen, die sich auf eine große und starke gewerkschaftliche Macht stützt. Leider ist es den Gewerkschaften bis heute noch nicht gelungen, den arbeitenden Menschen im Osten diesen Zusammenhang zu vermitteln.

### Abgehängte Rentner

Könnte die Lohnlücke durch die eigene Kraft der abhängig Beschäftigten verändert werden, ist es bei einer weiteren Personengruppe schon

deutlich schwerer. Nämlich bei den Rentnerinnen und Rentnern. In der DDR war es üblich, dass die Menschen eine hohe und dauerhafte Erwerbstätigkeit aufwiesen. Eine kontinuierliche Vollzeitbeschäftigung in der Zeit zwischen Schulabschluss bis zum Renteneintrittsalter war die Norm. Diese Kontinuität wurde aber mit dem Anschluss an die BRD unterbrochen. Im Verlauf der 1990er Jahre gab es bekanntlich massive Arbeitsmarktprobleme. Deshalb erhalten die Jahrgänge, die heute in die Rente gehen, immer öfters nur noch niedrige Renten. Zeiten der Langzeitarbeitslosigkeit, Niedriglöhne, prekäre Beschäftigungsverhältnisse und die sich ausweitende Teilzeitarbeit machen sich hier schmerzhaft bemerkbar. Für die Rentnerinnen und Rentner im Rentenbestand wie für die Neuzugänge aus den rentennahen Jahrgängen gilt, dass Ansprüche aus einer betrieblichen Altersversorgung so gut wie nicht vorhanden sind. Auch für die private Altersvorsorge gab es angesichts der Verhältnisse in der DDR und der Umwälzungen durch die Eingliederung in die BRD weniger Möglichkeiten. Im Ergebnis leben die Rentnerinnen und Rentner in den neuen Ländern nahezu ausschließlich von den Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung. Daher kommt es, dass die Alterseinkommen von Älteren in den neuen Ländern geringer sind als im Westen. Nach Auskunft des Bundesarbeitsministeriums auf eine Anfrage der Linken liegen die Renten im Osten bei 1.403 Euro und im Westen bei 1.605 Euro. Wohlgermerkt, das sind die Durchschnittsrenten. Daraus folgt, dass es Rentenzahlungen gibt, die weit unter diesem Durchschnittswert liegen, mit denen viele Rentner zurechtkommen müssen. Es verwundert deshalb wenig, dass die Zahl der Rentner, die zusätzlich zu ihrer Rente Grundsicherung bekommen, gerade in Ostdeutschland steigt.

### Frustration wächst an

Die Beispiele zeigen, dass ein nicht geringer Anteil der arbeitenden Bevölkerung, auch nach dem Ausscheiden aus dem aktiven Berufsleben, äußerst frustriert ist. Nicht nur die niedrigen Einkommen und schlechten Arbeits- und Lebensbedingungen alleine sind

dafür der Grund. Es führen weitere Dinge zunehmend zu Verdruss. Es sind solche Faktoren wie die schwächelnde Wirtschaft, Inflation, hohe Mieten, steigende Energiekosten und nicht zuletzt die Migrationspolitik der Bundesregierung und deren Unterstützung der Ukraine im Krieg gegen Russland. Alle diese Faktoren sind Wasser auf die Mühlen der AfD und machen sie bei Wahlen stark. Dieser Teil der Bevölkerung wählt mehrheitlich die AfD nicht wegen ihrer politischen Programmatik, sondern

der Unterstützung der AfD in der Bevölkerung. Bestätigt wurde das durch die nachfolgenden Wahlen, nicht zuletzt durch die Kommunalwahlen in Sachsen und die zurückliegenden Europawahlen. Die Bewegung gegen die AfD hat ganz offensichtlich den abgehängten und frustrierten Bevölkerungsteil nicht erreicht.

Das ist die Ausgangslage für die bevorstehenden Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg. Aktuelle Umfragen zur Landtagswahl im Sachsen am 1. September

Doch selbst wenn die AfD an einer Regierung beteiligt würde, bedeutete das nicht, dass sich die BRD in den nächsten Monaten zu einem faschistischen Staatswesen entwickelt, wie manche das befürchten. In der AfD gibt es zwar nicht wenige Faschisten, aber die gibt es auch in der CDU. Schließlich kommt ein nicht unbedeutender Teil der AfD-Mitgliedschaft aus der CDU. In der BRD besteht außerdem keine politische Lage, durch die die herrschende Klasse um ihre Macht bangen muss.



wegen der Aufregtheit, mit der die Medien und etablierten Parteien auf das Erstarken der AfD reagieren. Man zeigt es „denen da Oben mal richtig“, indem man die AfD wählt.

Anfang des Jahres fanden in vielen bundesrepublikanischen Städten Demonstrationen gegen die AfD statt. Der Grund war ein Bericht der Recherchegruppe CORREKTIV über ein Treffen von AfDlern und Neonazis, bei dem die Möglichkeit der Deportation von Millionen Menschen mit ausländischem Hintergrund besprochen wurde. Die Empörung und Reaktion der Bevölkerung war gewaltig. Es kam zu Demonstrationen gegen die AfD in fast allen Großstädten, teilweise mit 100.000 und mehr Teilnehmern. Schnell klinkten sich SPD, Grüne und sogar die CDU/CSU in die Bewegung ein und riefen zur Teilnahme an den Aktionen auf. Auch in den ostdeutschen Bundesländern gingen die Menschen auf die Straße. So gab es beispielsweise in Dresden zwei Demos mit jeweils mehr als 30.000 Teilnehmern. Die erhoffte Wirkung blieb allerdings aus. Öffentliche Umfragen zeigten keinen Rückgang

deuten an, dass die AfD erneut die große Gewinnerin der Wahlen werden wird. Ziemlich sicher ist auch, dass die FDP an der Fünfprozentklausel scheitert. Weit abgeschlagen sind Grüne und SPD. Die SPD könnte bei der Wahl in Sachsen ihr schlechtestes Ergebnis bei einer Landtagswahl einfahren. Und die Linke könnte sogar ganz aus dem Landtag in Sachsen fliegen. Zudem gibt es einen weiteren Trend: Das Bündnis Sahra Wagenknecht könnte hinter der AfD und CDU drittstärkste Kraft werden. Dies wäre ein Gegengewicht zur AfD.

Die Zeit nach den Wahlen wird interessant werden. Eine Regierungsbildung der CDU wäre wahrscheinlich nur möglich durch die Einbeziehung des BSW in eine Koalition oder eben direkt durch eine Koalition mit der AfD. Letzteres hat die CDU-Führung aber kategorisch ausgeschlossen. Was dann wirklich geschieht, wird sich nach den Wahlen zeigen, im Moment liegt alles noch im Bereich der Spekulation. Sicher aber ist, dass es zu vielen Veränderungen kommen wird, bis hin zum weiteren Bestand der jetzigen Bundesregierung.

Sie muss sich daher auch nicht einer faschistischen Macht unterwerfen, um ihre soziale Existenz zu erhalten. Sicher aber würde der schon bestehende Rechtsruck verstärkt. Das heißt: kein Ende der aktuellen Kriegspolitik, der weiteren Hochrüstung mit entsprechendem Sozialabbau und eine rigide Asylpolitik.

Für die linken Kräfte im Lande besteht der Auftrag, den Einfluss der AfD auf die abhängig Beschäftigten zu schwächen. Wichtig ist, diesen Menschen klare Perspektiven aufzuzeigen. Wichtig ist, die Zusammenhänge zwischen der Verschlechterung ihrer eigenen Lebensverhältnisse und der Politik der Regierung zu Gunsten der Kapitalisten aufzuzeigen. Dazu muss auch in den Gewerkschaften intensiver gearbeitet werden. Kurz, die bestehenden Klassengegensätze müssen wieder sichtbar werden. Nur dann können die damit verbundenen Kämpfe geführt werden.

Das ist sicherlich einfacher gesagt als getan. Aber es gibt keinen anderen Weg. Wir müssen ihn gehen.

Stand: 5. August 2024

# Deutschland nach der Zeitenwende: Zunehmende Militanz im Inneren, Kriegstüchtigkeit nach Außen



**W**ir haben uns in den letzten Ausgaben der *Arbeiterstimme* verstärkt mit den gesellschaftspolitischen Verhältnissen in Deutschland, die erkennbar in Bewegung geraten sind, beschäftigt. Exemplarisch genannt seien Stellungnahmen zum Erstarken der AfD, zur Krise der LINKEN (beide Winter 2023), zu den Massendemonstrationen gegen die AfD oder auch zur Halbzeitbilanz der Ampelkoalition (beide Frühjahr 2024). Dies hat sich nicht zufällig so gehäuft, sondern ist Ausdruck dessen, dass das gewohnt „ruhige“ Wüten des Kapitalismus hierzulande an seine Grenzen gestoßen ist. Wir treten gegenwärtig in eine Phase mit Entwicklungen ein, deren Ausgang unsicherer denn je geworden ist. Der Verweis auf die letzte Dominanz des westlichen Kapitalismus, der die Krisenlasten wie gewohnt nach unten und – global – nach Süden abschiebt und im Gegenzug die Lebensbedingungen der Bevölkerung des entwickelten Westens „schont“, ist brüchig geworden. Die Systemfrage dreht sich nicht mehr um ein bürgerlich-demokratisches versus sozialistisches Gesellschaftskonzept, sie wird in einer Art Light-Version von oben angeboten und stellt die Geschäftsgrundlage des Regierungshandelns neu auf. Wo

bislang die Verfahrensweisen der Demokratie, das Sozialstaatsgebot und generell „unsere Werte“ den Markenkern der Bundesrepublik konsensual bildeten, dort reißen jetzt Lücken auf.

## Das Bürgergeld als Testfeld für den Sozialstaat

Wer erinnert sich noch an die lebhafteste Diskussion um das bedingungslose Grundeinkommen? Kein Jahrzehnt ist es her, dass die großen Parteien und Verbände ihre Pflöcke in dieser Frage eingeschlagen haben. Mal dafür, mal dagegen. Die LINKE hatte das Grundeinkommensmodell befürwortet (die *Arbeiterstimme* war mit guten Gründen dagegen, aber das nur nebenbei), weil es für linkes Denken zumindest reizvoll sein kann, Existenzsicherung unabhängig von Lohnarbeit und staatlicher Gängelung, die gerne in Demütigung ausartet, zu sehen.

Dieser Gedanke ist in der heutigen öffentlichen Diskussion nicht mehr zu finden. Als hätte es ihn nie gegeben. SPD, GRÜNE und FDP waren sich im Koalitionsvertrag 2021 noch einig: „Anstelle der bisherigen Grundeinkommenssicherung (Hartz IV) werden wir ein Bürgergeld einführen. Das Bürgergeld soll die Würde des und der Einzelnen achten, zur gesellschaftlichen Teilhabe

befähigen sowie digital und unkompliziert zugänglich sein.“ (Koalitionsvertrag 2021, S.59) Seit dem Beschluss über die Neufassung wird über das Bürgergeld gestritten, seine Inhalte dienen als Steinbruch für diejenigen, die sozialpolitisch die Daumenschrauben anziehen wollen. Die Hatz auf die Leistungsempfänger, die am unteren Rand der ach so freien Gesellschaft existieren müssen, ist sowohl innerhalb der Regierungskoalition wie auch der C-Parteien angesagt, die Medien dienen als bereitwilliges Sprachrohr. Das Leben in Würde ist weiter denn je entfernt. Der Inflations„ausgleich“, der 2024 zu einer Aufstockung des Single-Regelsatzes auf 563 € geführt hat, wird im nächsten Jahr, nach Ankündigung von Arbeitsminister Heil, keine Fortsetzung finden. Die gegenwärtige Inflation rechtfertigt keine Erhöhung, weil die Preissteigerungsrate gesunken sei. Dass es sie aber noch gibt und sie bei den Grundbedürfnissen besonders zuschlägt, findet keine Erwähnung mehr. Der Protest der Sozialverbände wird zu den Akten gelegt, FDP und CDU sind besonders zufrieden und der SPD sowie den GRÜNEN ist es zunehmend egal. Vielleicht kann man sich für die eigene Wählerklientel wieder attraktiver sparen und auch manchen Sozialnei-



der zurückgewinnen. Schließlich soll auch das Lohnabstandsgebot Beachtung finden. Wer würde denn noch für (wenig) Geld arbeiten, wenn Bürgergeld und Wohnkostenübernahme bzw. -zuschuss gleich viel oder sogar mehr einbringen? Typisch für die Verrohung des Sozialsystems ist, dass nicht die skandalösen Niedriglöhne thematisiert werden, sondern die angeblich zu hohen Sozialleistungen. Der „unkomplizierte“ Zugang zum Bürgergeld, der mit einem Hauch von Entbürokratisierung gewürzt war, ist längst der vorher üblichen Ochsentour gewichen. Der Bezug von Bürgergeld kann ausgesetzt werden, wenn die Meldeauflagen vor dem Arbeitsamt oder einem „zumutbaren“ Jobanbieter verletzt werden, das „Schonvermögen“ gilt entgegen dem Koalitionsvertrag nur mehr ein Jahr lang als verschont. Sanktionen und Offenlegung der persönlichen Verhältnisse gegenüber dem Staat entfalten sich wie früher in schönster Blüte. Das biblische „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen“ gibt den Ton in einer Gesellschaft an, die rabiater geworden ist in ihren Forderungen und abgestumpfter in ihrer Bereitschaft, Einschnitte für Arme zu akzeptieren. Das Wirtschaftswachstum stagniert im besten Falle, die Arbeitslosenzahlen steigen noch sanft, aber stetig, das Rentenversicherungssystem ist in sich krisenhaft und „nebenher“ wollen auch die Rekordansprüche des Militärs, der Rüstungskonzerne und diejenigen der kriegführenden Ukraine bedient werden. Die Bevölkerung erlebt, dass diesen Zusagen eine Finanzierungskrise gegenübersteht, wie sie beispielsweise im nicht gedeckten Haushaltsentwurf der Ampelkoalition für 2025 Ausdruck findet. Die Mehrheit zieht aber nicht den Protest gegen soziale Kürzungen in Betracht, sondern wählt Parteien, die Einsparungen gerade in diesem Bereich befürworten. Wenn aber Belastungen auf die mittleren Schichten zukommen, dann sollen diejenigen, denen es schlechter geht, auch nicht (relativ) bessergestellt werden. Denn Hilfe werde ja immer noch gewährt, dann sollen die „wirklich“ Bedürftigen halt zur Tafel gehen. Dies setzt die

Landeszentrale für politische Bildung in Baden-Württemberg auf ihrer website (<https://www.lpb-bw.de/regelsatz-buergergeld>; Stand 09.09.2024) in eine Liste von Leistungen um, die vom Gesetzgeber „gewährt“ werden: „Grundsätzlich können beim Bezug von Bürgergeld die Tafel besucht und die entsprechenden Angebote wahrgenommen werden. Die Hilfebedürftigkeit muss vor Ort nachgewiesen werden, dazu dient beispielsweise der Bürgergeld-Bescheid.“

Robustheit ist angesagt im Verhältnis zwischen den Schichten, ebenso zwischen Regierenden und Regierten. Leider entspricht dies nicht dem Klassenkampf, in dem die Hauptklassen ihre antagonistischen Widersprüche austragen. Noch nicht, so bleibt zu hoffen.

## Und ewig stört das Asylrecht

„Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.“ Bis 1993 bestand der Artikel 16 GG aus diesem Satz. Mit einer



Berliner Morgenpost

### Berliner Fluchthelfer erhalten Bundesverdienstkreuz

29.10.2012, 07:42 Uhr · Lesedauer: 3 Minuten  
von Sven Felix Kellerhoff



Ein West-Berliner Fluchthelfer im Jahr 1984 bei der Arbeit. Innensenator Henkel zeichnet 15 Männer mit dem Bundesverdienstkreuz aus  
© picture-alliance / dpa | von Kreuzer

Innensenator Frank Henkel (CDU) ehrt 15 Männer, die ab 1961 DDR-Bürgern

Mehrheit von 80% der Abgeordneten änderte der Bundestag die Grundordnung zum Artikel 16a ab, neben der schwarz-gelben Koalition jener Zeit stimmte auch die damals-noch-Volkspartei SPD mehrheitlich zu. Seit dreißig Jahren gibt es Asyl nur mehr unter gewissen, eng und enger gefassten Voraussetzungen. Und trotzdem – oder gerade deswegen – reichen die Restriktionen und Verschärfungen nicht aus. Bei jedem Ereignis, bei dem die Täter arabischen, eher noch allgemein moslemischen Hintergrund aufweisen, wird die Empörungswelle erneut losgetreten. Forderungskataloge überbieten sich gegenseitig an Grausamkeiten. Dem wird von der „bürgerlichen Mitte“, weder von denen, die sich dazu bekennen, noch von den Parteien, die sich die bürgerliche Mitte auf die Fahnen geschrieben haben, Einhaltung geboten. Und die Medien machen wieder einmal alles mit.

Wie waren die Anti-AfD-Demonstranten am Anfang des Jahres 2024 noch von der eigenen demokratischen Reife gerührt! Das Schutzrecht gehört offensichtlich nicht dazu, wenn es sich auf Verfolgte und Notleidende aus Ländern bezieht, die das Wirken westlicher Demokratien in ihrer Heimat durchleben mussten.

Es ist aber auch lästig, von einem Grundrechtsartikel, der sich der Quantifizierung der Berechtigten entzieht, in seinem Handeln gebunden zu sein. Dabei war der Artikel 16 GG über Jahrzehnte ein Aushängeschild deutscher Entnazifizierung und zur gleichen Zeit

Kampfmittel im Kalten Krieg. Woher sollten sie denn kommen, die politisch Verfolgten, wenn nicht aus dem sozialistischen Machtbereich? Solange die Grenzen weitgehend dicht waren, war die Anzahl der Geflohenen kein Problem.

Und der Fluchthelfer und Schleuser war ein hochgeachteter und -dekoriertes Freiheitsheld, wenn er DDR-Bürger nach Westen bugsierte.

Nun, diese Zeiten sind unwiederbringlich vorbei und die Herkunftsländer der Fliehenden sind andere geworden. Die Verbringung von illegal Einreisenden auf deut-

sches Gebiet wird als grenzüberschreitende Kriminalität verfolgt und mit Gefängnisstrafen geahndet.

Der Eindruck hat sich verfestigt, dass es statthaft geworden ist, auf die Geflüchteten verbal einzuprügeln, nur mehr mit Unterstellungen, Verleumdungen, Verallgemeinerungen und unverbrämtem Rassismus zu arbeiten. Die bürgerliche Mitte möchte ihre Wähler zurück, deshalb wird ein Grundrecht geschleift, dass es nur so eine Art hat. Sachkenntnis und die Gebundenheit an die angeblich so gemeinschaftsbildenden Werte zählen nicht mehr. Und die Wahlbevölkerung scheint der Politik diesen Gefallen zu tun: in einer Umfrage der Forschungsgruppe Wahlen zu den wichtigsten Themen führt das Problemfeld Flüchtlinge/Migration mit 45% (06.09.2024) die Liste an. Dreimal häufiger steht das Thema auf der deutschen Mängelliste als das nächst-wichtigste. Der Druck aus der Bevölkerung ist vorhanden, doch wird er gewaltig verstärkt durch die anhaltende mediale Verbreitung. Jeder Politikerin und jedem Politiker, denen zündende Formulierungen einfallen, wie man Flüchtlinge abschreckt, behindert und demütigt, stehen die Mikrofone offen.

Dabei gibt es auch Konjunkturen der Grausamkeiten. So war vor wenigen Jahren eine Kampagne der CSU über die Öffentlichkeit hinweggerauscht, in der eine Obergrenze für die Geflüchteten eingefordert wurde. 200 000 Personen sollten das Maximum sein. In der Tat wurden im letzten Zehn-Jahres-Durchschnitt knapp 290 000 Anträge gestellt, eingerechnet die Spitzen in den Jahren 2015/16 mit zusammen 1,2 Millionen. Man kann davon ausgehen, dass außerhalb solcher Sondersituationen die Zahlen beherrschbar sind, wenn man sich nur um die dringenden Erfordernisse kümmern würde und die Menschen nicht in irgendwelchen Sammelunterkünften verrotten ließe, anstatt ihnen die Sprache beizubringen und sie beruflich zu qualifizieren.

(Hilflos ist es übrigens, die Frage nach dem 200 001. Flüchtling zu stellen. Hier agieren die Hilfeleis-

tenden viel zu defensiv angesichts der Zumutungen und Fallstricke, mit denen sie und ihre Schützlinge zu tun haben.)

Aber zurück zur Obergrenze

## STUTTGARTER ZEITUNG

Stadtbezirke Region Baden-Württemberg Politik Wirtschaft Sport

### Kriminelle Fluchthilfe

21.08.2024 - 14:18 Uhr



Razzia gegen Schleuser im Osten Deutschlands. Foto: Paul Zinken/dpa/Paul Zinken

Der Kampf gegen Schleuserkriminalität ist effektiv - ein Erfolg der politisch unliebsamen Grenzkontrollen, meint StZ-Autor Armin Käfer.



von 2024. Im demokratischen Unterbietungswettbewerb sind Anfang September der Möchte-gern-Kanzler Söder und der Möchte-gern-Finanzminister-bleiben Lindner nach vorne geprescht: eine Zahl „unter 100 000“ sollte die Aufnahmegrenze bilden. Das würde beinhalten, dass die Fluchtsituation von 2012 und früher wieder hergestellt werden

müsste. Kein Arabischer Frühling, kein Machtwechsel in Afghanistan, keine Interventionen in Syrien und so weiter. Realistisch ist das nicht und die westlichen Interventionspläne gerade im Nahen Osten lassen keine Entspannung bei den Fluchtursachen erwarten. Wenn aber die Anzahl der Flüchtenden aus den genannten Gründen nicht sinkt, wird der Druck auf die europäischen und damit auch auf die deutschen Grenzen nicht nachlassen. Die Vorstellung, man müsse an den Grenzen nur zurückweisen, dann käme keiner mehr, ist nicht nur naiv, sie ist auch eine billige Lüge der politisch Verantwortlichen. Zum einen wäre die Absicht nur umsetzbar, wenn sie den personellen Apparat dafür ausweiten. Zum anderen bleibt die Frage, wohin die Menschen zurückgehen sollen. Die europäischen Nachbarn werden sich herzlich bedanken. Und dann kam noch der Gedanke auf,

dass „Rückführungen“ von Abgelehnten in ihre (vermutlichen) Herkunftsländer eine prima Idee seien. Gespeist wurde diese Vorstellung einmal vom Wahlkampf der AfD, wenn Höcke das Bild ungezählter „Abschiebeflieger“ malt, die im Studentakt vom Erfurter Flughafen starten. Gerade noch perfider folgte dann wenige Tage vor der Thüringen-/Sachsenwahl die Nachricht, dass 28 Straftäter nach Kabul ausgeflogen wurden. Den Ampelparteien hat dieses schäbige, durchsichtige Wahlkampfmanöver nichts mehr gebracht. Wenigstens das kann man zufrieden feststellen.

Bei diesem Thema geben die niedrigsten Instinkte das Niveau vor, das wirkt im Zusammenspiel mit den diversen Krisen, Verschlechterungen und düsteren Erwartungen auf die Mittelschichten zurück. Sie merken, dass die politische Führung anfällig geworden ist, wenn ihre Regierungsspielchen nicht mehr so einfach aufgehen, weil neuartige Mehrheitsverhältnisse auftreten. Deren reflexhafte Schuldzuweisungen, ihr Maulheldentum und die ewig gleichen Phrasen stoßen wachsende Wählerschichten zwar ab, sie

wecken aber auch die Erwartung, dass tatsächlich „durchgegriffen“ werden muss.

So gelten Bezahlkarten statt dürftig Bargeld als praktikabler Versuch, dem Flüchtlingsstatus die Attraktivität zu nehmen. Auch dürfen sie mit der wenigen Staatsknete die zurückgebliebenen Familien nicht mehr unterstützen. Generell werden die guten Gründe, warum Menschen fliehen und dabei ihr Leben riskieren, hier nicht ernst genommen. Unterstellt wird ihnen, dass sie das Sozialnetz in Deutschland ausnutzen, gerne deutsche, natürlich blonde Frau belästigen, den Islam, wahrscheinlich auch das Kalifat mit Messern und Bomben durchsetzen wollen. Diese absurden Vorstellungen werden von den Verantwortlichen nicht zurückgewiesen, die Diskussion über Migration wird nicht auf eine rationale Basis gestellt. Die politisch Verantwortlichen reiten die Konjunktur, weil sie Angst haben, sonst abgeworfen zu werden. Dabei werden die rechtlichen Standards ausgehöhlt, um sie später, bei Gelegenheit, abzusenken oder ganz zu schleifen. Das gilt auch als der neue Realismus, der gegen die alte „Nativität“ der Gutmenschen, der Friedensbewegten, der Putinverstehler und was der abwertenden Bezeichnungen noch mehr sind, in Stellung gebracht wird.

Realistisch ist es also nach heutiger Lesart, die Regime in Afghanistan und Syrien zu ächten und zu boykottieren, aber doch über sichere Fluchtorte in diesen Ländern zu schwadronieren und, der Anfang ist gemacht, dorthin abzuschleppen. Ganz ohne Gespräche und Vereinbarungen mit den „Diktatoren“ dieser Region wird das wohl nicht zu machen sein. Darüber schweigt man aber so still und die Medien fragen sowas von gar nicht nach, dass es doch auffällt. Auf dieser Ebene liegt auch die Forderung nach der Ausweitung sicherer Drittstaaten und Herkunftsländer. Durch einen Federstrich der Verwaltung, so wird suggeriert, werde man Flüchtlinge zu illegalen Eindringlingen erklären, die sich in der Folge auch nicht mehr auf das Asylrecht

berufen können. De facto sollen die flüchtenden Menschen einfach anderswo bleiben oder stranden. Was hat Deutschland damit zu tun? Diese Fiktion ist seit Jahrzehnten eine Lebenslüge, die bereits in den 1990er Jahren auf europäischer Ebene als rechtlicher Standard (jetzt Dublin III) vereinbart wurde.

Der europäische Staat, in dem Geflohene unsere geheiligte Erde betreten, sei dann für die asylrechtliche Abwicklung zuständig. Deutschland



ist von EU-Mitgliedern oder Gleichgestellten, total sicheren Drittstaaten, umgeben, folglich kann man hier gar nicht zuständig sein. Warum das nicht funktioniert, erklärt sich von selbst. Die Ungleichheit der Ansprüche und Lasten führt zum systemischen Kollaps in dem Moment, in dem der Mechanismus wirklich beansprucht wird. Jede Weigerung, asylbezogene Regelungen abzuschaffen, die sich jeden Tag aufs Neue als kontraproduktiv erwiesen haben, verschärft die Gesamtsituation und bringt nur neues Unrecht hervor. Der neue Realismus hat die Europäische Union in diesem Punkt dazu geführt, dass ihre Mitglieder nur mehr dort einig sein können, wo Regelungen getroffen werden, die dritte Staaten belasten. Abkommen mit der Türkei und Tunesien gelten als Ausweis der Handlungsfähigkeit. Die Hebel, die damit Erdoğan und Kais Saïed in die Hand bekommen haben, stehen nicht zur Diskussion oder sie beziehen sich ausschließlich auf die finanziellen Vereinbarungen.

Das Thema Migration hat gerade in Deutschland eine Sprengkraft erhalten, die sie nach den verfügba-

ren Fakten niemals hätte bekommen dürfen. Wesentlich verantwortlich ist eine politische Klasse, die gebannt von den Zahlen zur „Sonntagsfrage“ und getrieben von Online- und Offlinemedien schnelle Scheinerfolge anstrebt und damit im Wettkampf mit den Meistern des Scheins, hierzulande und zurzeit die AfD, steht. Sieger sehen anders aus.

## Oh, wie schön ist Panama

Zugestanden, in Panama sind „unsere“ Interessen schon hervorragend sichergestellt.

Und wenn Bedarf entstünde, könnte die maritime Freiheit im und um den Panamakanal herum jederzeit durch die vor der Haustür lagernde Vierte US-Flotte verteidigt werden. Zusätzlich trägt das im Jahresturnus stattfindende Manöver PANAMAX zur Freiheit der Meere bei. Und das sind bei weitem nicht die einzigen Militärübungen am Ort.

Kein Bedarf also für die Bundesmarine, einmal einen Abstecker nach Westen, auf den amerikanischen Kontinent zu machen. Stattdessen hat das deutsche Militär seit 2021 ein neues Interessensfeld ausgemacht: den sogenannten Indopazifik und dort vor allem das Seegebiet vor der Volksrepublik China. Hier war schon die Fregatte Bayern freiheits-erhaltend tätig und jetzt ist also die Fregatte Baden-Württemberg Anfang Mai auf eine siebenmonatige „Ausbildungs- und Präsenzfahrt“ gegangen.

Minister Pistorius spricht davon, dass „Wegschauen“ keine Option sei. Schauen wir also hin: die Baden-Württemberg ist Produkt der Aufrüstungswelle in den letzten zehn Jahren und sie ist nicht allein. Drei weitere baugleiche Kriegsschiffe ergänzen das Portfolio. Der Auftrag lautet, gemeinsame Kriegsübungen mit befreundeten Armeen durchzuführen und damit die territorialen Ansprüche Chinas im Südchinesischen Meer zurückzuweisen.

Die deutsche Fregatte wird dieser Tage den Seeweg zwischen der Volksrepublik und Taiwan passieren, wir sind eben so frei. Danach stehen weitere Manöverbeteiligungen auf

dem Plan, allzu genau will man sich nicht in die Karten schauen lassen. Dies ist nicht das einzige deutsche Kriegsgerät in der Region. „Arctic Defender“, eine Trainingsreihe von Militärflugzeugen mehrerer Nato-Staaten in Alaska, „war für die beteiligten Flugzeuge der deutschen Luftwaffe der erste Teil ihres insgesamt fünfteiligen Großmanövers Pacific Skies, bei dem von Mitte Juni bis Mitte August vier weitere Manövertile im Rahmen einer Weltumrundung verbunden wurden. Für die Bundeswehr war das eine Premiere.“

(J. Kronauer: Generalproben. In: KONKRET 9/2024, S. 20) Dutzende deutsche Kampfflugzeuge trainieren mit unterschiedlichen Armeen, ob in Japan oder vor Hawaii. Nebenbei ist die Fregatte Hessen im Frühjahr 2024 gerade von ihrer Einsatzfahrt im Roten Meer, sprich vor dem Jemen, zurückgekehrt. Der scharfe Waffeneinsatz gehörte zum Auftrag, den hat die Besatzung auch zur Zufriedenheit ihres Kommandeurs erledigt. Mehrere Ziele des Feindes wurden zerstört.

Seit Jahren wird der Kurs der Bundeswehr diskutiert. Soll sie schwerpunktmäßig das Land verteidigen? Soll sie vorrangig Teil einer europäischen NATO-Strategie sein? Oder soll sie, angeleitet von der US-Armee, weltweit agieren? Es lassen sich Belege für alle drei Schwerpunktbildungen finden. Das ist das Einfallstor für die Steigerung der deutschen Militärausgaben, die keine sachlichen Begrenzungen mehr duldet.

Mehr geht also immer und ein Genug gibt es nicht.

So sind Waffenlieferungen an die Ukraine über die NATO koordiniert, sie sprechen trotzdem nicht nur für die europäische Ausrichtung der Armee. Sie müssen auch ersetzt werden, um der Bundeswehr (im Inneren) wieder zur Verfügung zu stehen. Waffenkäufe im großen Stil sind zwar wichtig für eine Militärdoktrin, die Deutschland als Territorialmacht begreift, dies genügt aber nicht. Die Seestreitkräfte sind, wie gezeigt, nicht auf Nord- und Ostsee beschränkt, sondern greifen weit darüber hinaus. Mit den abgestuften und

jederzeit steigerbaren – man denke an die Diskussionen um die Taurus-Bereitstellung – Waffen- und Kampfmittellieferungen in die Ukraine wird direkter Einfluss auf deren Kriegswirksamkeit, Strategie und Taktik genommen. Mehr Einfluss in Europa geht kaum, solange sich Deutschland unter dem Schirm der USA befindet. Litauen wiederum flüchtet sich unter den direkten Schirm der BRD, wenn auch die letzte Garantie in Washington ausgestellt wird. Die

hilfreich zur Hand. So muss man es wohl verstehen, wenn am Rande eines NATO-Gipfels bekannt wird, dass ab 2026 US-Marschflugkörper, nuklear bestückbar, mit einer Reichweite von 2500 km in Deutschland stationiert werden. Nach Pistorius sei diese Maßnahme nur für den Übergang gedacht, bis Europa diese „Fähigkeitslücke“ aus eigener Produktion schließen könne. In fünf bis sieben Jahren sei es dann so weit, ereifert er sich. Damit nimmt er den Mund doch

ziemlich voll. Diese Kriegswaffen zwingen Russland eine neue strategische Lage auf, die nicht folgenlos bleiben wird. Der Frieden in Europa wird damit, unabhängig davon, ob der Ukrainekrieg die nächsten Jahre endet oder eingefroren wird, weiterhin in höchstem Maße bedroht.

Dass diese Regierungsentcheidung am liebsten ohne öffentliche Diskussion durchgewunken werden sollte, ist ebenfalls offensichtlich.

Zumindest die Gründung des BSW hat das Thema Krieg und Frieden auf die Agenda zurückgeholt, während Medien und Meinungsinstitute, besonders im Westen, diese Frage als überholt und aus der Zeit gefallen ansahen. Und wenn, dann sei es doch eher ein psychologisches Problem, das vor allem im Osten beheimatet sei. Doch

so einfach geht die Propagandarechnung nicht auf. Schließlich wird den Menschen, die hier leben müssen und keine Zweitvilla in Neuseeland besitzen, zugemutet, die weitgehend unbegrenzte, da vertragsfreie Aufrüstung und Modernisierung massenvernichtender Waffen gegen Russland zu dulden. Am besten ohne Widerrede und im Vertrauen darauf, dass „der Russe“ eben die harte Hand spüren müsse. Bloß nicht die Nerven verlieren.

Auch bei diesem Thema werden die Betroffenen nicht ernst genommen, so dass den traditionellen Parteien ein weiterer existenzieller Baustein der Lebensperspektive verloren geht. Zukunft ohne Frieden geht nicht. Das Misstrauen in die Absichten der Regierung wächst, die Folgen liegen auf der Hand.



Bundeswehr führt an der Grenze zu Weißrussland das Kommando über ein Bataillon. Ziel ist der Aufbau einer Kampfbrigade, die nicht nur zu Übungszwecken dort stationiert wird, sondern auf Dauer die litauischen Truppen zwischen Weißrussland und dem russischen Kaliningrad ergänzt. Im Krisen- und Konfliktfall mit Russland wird man dort von Anfang an dabei gewesen sein.

Wie soll sonst bewiesen werden, dass Deutschland bereit ist, seine Verantwortung in der globalen Auseinandersetzung zu übernehmen? Alle Zeichen weisen in dieselbe Richtung: man rüstet auf, man bildet fremde Krieger aus, man finanziert undmunitioniert Stellvertreterkriege, man ist bei den vielen Rüstungsprojekten auf europäischer Ebene dabei, wo es nur geht, und man geht den USA



# Das Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz – Oder: Bohnenkaffee für alle!



**B**ohnenkaffee für Alle! – So war der *Spiegel*-Artikel über den sozialdemokratischen Landrat von Hanau betitelt, der Anfang der 70er Jahre gegen allerhand Widerstand den Bau eines klassenlosen Krankenhauses im Landkreis Hanau vorantrieb, in dem Kassen- und PrivatpatientInnen völlig gleich gut behandelt werden sollten. Schon in der Bauplanung wurde auf die Errichtung einer Privatstation verzichtet, für alle sollten Ein- oder Zweibettzimmer zur Verfügung stehen und nicht nur die Privatversicherten sollten Bohnenkaffee zum Frühstück bekommen, sondern auch die KassenpatientInnen sollten in den Genuss kommen – Bohnenkaffee statt wie bisher Muckefuck!

Fast 50 Jahre ist es her! Landrat Woythal scheiterte zwar letztlich mit seinem Plan eines klassenlosen Krankenhauses, heute denkt die SPD stattdessen über Schließung, Kosteneffizienz und Privatisierung von Krankenhäusern nach.

Lauterbach versichert, dass sein „Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz“ gerade dazu beitragen soll, das Schlimmste abzuwenden und dafür zu sorgen, dass weniger

Häuser dichtmachen müssen. Was ist dran an diesen Aussagen?

## 1. Die Entwicklung der Krankenhauslandschaft – Ein kurzer Blick zurück

Es ist ein kurzer Rückblick nötig, um die aktuellen Vorgänge richtig einordnen zu können. Die Anzahl der Krankenhäuser ist in Deutschland seit langem rückläufig. Seit 1991 hat sich ihre Zahl um etwa 20 % verringert, von 2400 auf aktuell ca. 1900 Krankenhäuser mit knapp 500.000 Betten und einer Belegung von etwas über 70%. Bezogen auf die Krankenhausbetten liegt das Minus mit rund einem Viertel noch etwas höher. Die Reduktion entfiel dabei praktisch ausschließlich auf die öffentlichen Krankenhäuser, während die privaten Betreiber ihre Bettenzahl ausbauen konnten.

Die Anzahl der behandelten Patienten ist im gleichen Zeitraum von 1991 bis 2019 um etwa ein Viertel gestiegen auf knapp 20 Millionen behandelte PatientInnen und 2022 wieder auf etwa 17 Millionen gesunken. Das war nur durch eine erhebliche Arbeitsverdichtung für die MitarbeiterInnen

und durch eine deutliche Verkürzung der Aufenthaltsdauer der PatientInnen im Krankenhaus zu erreichen. Die sog. Liegedauer sank von durchschnittlich etwas mehr als 13 Tagen (1991) auf etwas über 7 Tage (2023).

Von den oben genannten 1900 sind nur noch etwas mehr als 500 Krankenhäuser in öffentlicher Hand und verfügen über knapp die Hälfte der Betten (226.000), 650 sind freigemeinnützig (150.000 Betten) und 750 privat (100.000 Betten).

Der Anteil der privaten Krankenhäuser hat sich seit dem Jahr 2000 von etwa 20% auf etwa 40% verdoppelt. (Alle Zahlen nach den Angaben des Bundesamtes für Statistik)

Zu den vier größten privaten Klinikbetreibern in Deutschland zählen Helios (Fresenius), Rhön-Kliniken, Asklepios und Sana. Dabei sticht der zum Fresenius-Konzern gehörende Klinik-Betreiber Helios mit knapp 12 Mrd. Euro Umsatz in 2022 heraus, 10 Jahre davor lag der Umsatz erst bei 3,2 Mrd., also beinahe eine Vervierfachung in 10 Jahren. An zweiter Stelle liegen die Asklepios-Kliniken mit 5,3 Mrd. Umsatz und fast einer Verdoppelung der Umsätze seit 2012. (Zahlen nach Statista.com)

Krankenhausprivatisierungen und Krankenhausschließungen gibt es also bereits am laufenden Band – auch ohne Krankenhausreform. Das wohl prominenteste Beispiel für eine Privatisierung war das Universitätsklinikum Marburg/Gießen, das 2006 für 112 Mio. Euro mit dem Argument der „klammen Kassen“ an den Rhön-Konzern veräußert wurde. 2022 erhielt der Rhön-Konzern dann einen öffentlichen Investitionszuschuss von 500 Millionen! (<https://www.jacobin.de/artikel/kliniksterben-gesundheits-system-oekonomisierung>)

Ein aktuelles Beispiel aus Bayern für Krankenhausschließung ist der Standort Mainburg der Ilmtalkliniken in kommunaler Trägerschaft. Es handelt sich um ein kleines Akutkrankenhaus. Nach einem aktuellen Gutachten durch den Wirtschaftsprüfer PriceWaterhouseCoopers wird darin eine Umwandlung des Krankenhauses in ein Medizinisches Versorgungszentrum (MVZ) empfohlen. Wie wir noch sehen werden, entspricht das ganz dem Trend des KVVBG (Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz). Der zuständige Landrat Neumeyer und die Kreistagsmehrheit verfolgen nun die Umsetzung dieser Empfehlung. Eine laufende Petition dagegen findet zwar viel Zuspruch, Chancen, die Schließung des Krankenhauses zu verhindern, gibt es jedoch kaum. (<https://www.openpetition.de/petition/online/rettet-das-krankenhaus-mainburg>)

## 2. Wie hat sich die Finanzierung der Krankenhäuser entwickelt?

Es gab in den letzten Jahrzehnten eine Fülle von Gesetzen und Gesetzesänderungen zur Finanzierung im Gesundheitswesen. Mit dem

Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG) von 1972 und der Bundespflegegesetzverordnung von 1973 wurde die „Duale Finanzierung“ der Krankenhäuser und eine Vergütung der Krankenhausleistungen nach dem Selbstkostendeckungsprinzip festgelegt. Die Bundesländer und Gesetzlichen Krankenkassen tragen seitdem die Kosten für die Krankenhäuser auf der Basis der tatsächlich entstandenen Kosten. Die Kassen finanzieren die laufenden Betriebskosten und die

Länder (zumindest in der Theorie) die Investitionskosten.

Seit den 90er Jahren unter dem damaligen Bundesgesundheitsminister Horst Seehofer (CSU) wurden dann leistungsbezogene Finanzierungsinstrumente eingeführt (Gesundheitsstrukturgesetz 1993, Änderung der Bundespflegegesetzverordnung 1995) und zunächst ein Teil der Leistungen über Fallpauschalen vergütet. Es besteht seitdem die Möglichkeit, dass Krankenhäuser Gewinne (oder Defizite) erwirtschaften, was erst die Voraussetzungen für die o.g. Privatisierungswelle der Krankenhäuser geschaffen hat.

Seit langem wird gerade bei den Investitionskosten enorm gespart, so dass die Krankenhäuser gezwungen sind, einen Teil der unumgänglichen Investitionen aus den Betriebsmitteln zu decken. Darüber hinaus besteht ein erheblicher Nachholbedarf bei den Investitionskosten. Das beklagt auch die Deutsche Krankenhausgesellschaft, sie spricht von einem – alle Krankenhäuser zusammengenommen – stündlichen Defizit von knapp 600.000 Euro. Die sog. Defizituhr zeigt (Stand Mitte Juli 2024) deutlich mehr als 11 Mrd. Euro. (<https://www.dkgev.de>)

## 3. Fallpauschalen – DRGs

Seit etwa 20 Jahren (2003) werden die Krankenhäuser zu einem großen Teil über das sogenannte DRG-System entlohnt – Diagnose Related Groups, auch bekannt unter dem Stichwort Fallpauschalen. Der wichtigste Berater der damaligen SPD-Gesundheitsministerin Ulla Schmidt war der damalige Direktor des Instituts für Gesundheitsökonomie der Uni Köln, Karl Lauterbach. Die Entlohnung des „Leistungserbringers“ – also eines Krankenhauses – erfolgt mittels einer Pauschale, die über die Diagnose, mit der ein Patient behandelt wird, ermittelt wird. Berücksichtigt werden dabei auch vorhandene chronische Erkrankungen und andere Besonderheiten, die eine Behandlung aufwändiger machen.

So ergibt sich dann ein bestimmter Fallwert. Der Fallwert liegt z.B. für die operative Versorgung einer Leistenhernie zwischen 1600 und 2020 Euro. Für die Behandlung eines Patienten mit Lungenentzündung (ohne

äußerst schwere Komplikationen), mit mäßigem Behandlungsaufwand und einer „Liegedauer“, gemeint ist damit der Krankenhausaufenthalt von 4–20 Tagen, erhält das Krankenhaus eine Basis-Pauschale von 4210 Euro. Natürlich ist die Realität komplexer und andere Faktoren spielen eine Rolle.

Der Kern der Sache ist aber:

- Je kürzer die Liegedauer, desto häufiger kann vom Krankenhaus eine Fallpauschale abgerechnet werden.
- Je besser codiert wird, je kränker ein Patient in der Realität oder auf dem Papier ist, desto lukrativer ist es.

Gerade die Fallpauschalen haben zu viel Unmut und Kritik auch innerhalb der Beschäftigten des Gesundheitswesens und bei PatientInnen-Vertretungen geführt. Das Schlagwort der „Blutigen Entlassung“ machte die Runde, also einer übereilten Entlassung ohne die notwendige medizinische Sorgfalt, allein aufgrund ökonomischer Interessen.

Diesen Unmut hat Lauterbach wohl im Blick, wenn er davon spricht, nun den „Irrweg“ der DRG-Vergütung wieder verlassen zu wollen. Bei dieser Ankündigung handelt es sich aber um einen reinen Bluff.

## 4. Internationaler Vergleich

Die Gesundheitssysteme sind international nur schwer vergleichbar. Eine ausführliche Analyse würde den Rahmen dieses Artikels sprengen. Daher möchte ich nur ein paar wenige Einzelheiten herausgreifen.

### Zahl der Krankenhausbetten

Laut OECD gab es im Jahr 2007 durchschnittlich 3,8 Akutbetten je 1000 EinwohnerInnen in den Krankenhäusern aller OECD-Länder (1995 noch 4,7). Überdurchschnittlich war die Bettenzahl in Japan (8,2), (Süd-)Korea, Österreich, Deutschland (5,7), Tschechien, Slowakei, Polen, Luxemburg, Belgien, Ungarn und Griechenland. In vielen anderen OECD-Ländern lag sie niedriger, Schlusslicht ist Mexiko mit 1,0. Für die Vergleichbarkeit spielt auch die Auslastung, also die Belegung der Betten mit PatientInnen, eine wesentliche Rolle.

Die Belegung der Betten lag OECD-weit durchschnittlich bei 75% (Deutschland 76%). Hier liegen Kanada, Norwegen und Irland ganz vorne mit knapp 90% Belegung, in Mexiko, den Niederlanden, der Türkei und den USA sind nur etwa zwei Drittel der Betten belegt. (OECD (2010), „Krankenhausbetten (Verfügbarkeit und Auslastung“, in Health at a Glance 2009: OECD Indicators, OECD Publishing, Paris)

Laut o.g. OECD-Veröffentlichung war in beinahe allen Ländern die Zahl der Betten rückläufig. Eine Ausnahme bildet Süd-Korea. Hier stieg die Bettenzahl deutlich an, was mit dem fast ausschließlich privatwirtschaftlich organisierten Gesundheitssystem erklärt wird. Diverse Eigenheiten in einzelnen Staaten schmälern die Vergleichbarkeit der Zahlen.

Das Institut der Deutschen Wirtschaft verwendet geringfügig abweichende Zahlen, es ergibt sich aber fast das gleiche Bild. Hier wird auch die personelle Ausstattung der Krankenhäuser untersucht:

## Personalausstattung

Demnach liegt Deutschland bezüglich der Personalausstattung der Krankenhäuser trotz der höheren Bettendichte eher im Mittelfeld. In deutschen Krankenhäusern arbeiten etwa 2,4 Ärzte pro 1000 EinwohnerInnen. Deutlich mehr sind es in der Schweiz (3,2) auch in Litauen, Dänemark, Österreich, Island, Frankreich und Norwegen arbeiten mehr Ärzte in Krankenhäusern. Deutlich weniger in Belgien (0,7), USA und Kanada (je 1,0), etwa gleich viele in Tschechien,

Portugal, Estland, Griechenland, Spanien und Italien.

Betrachtet man die Anzahl der Pflegefachkräfte, liegt Deutschland (5,6 pro 1000 EinwohnerInnen) ebenfalls im Mittelfeld, zusammen mit den USA, Frankreich, Tschechien und Irland. An der Spitze liegt hier Norwegen (9,1), am Ende Chile (0,9).

Alle Zahlen stammen aus dem Jahr 2016. Es ergibt sich also im internationalen Vergleich in Deutschland eine höhere Bettenanzahl in Krankenhäusern bei mittlerer Personalsituation. Daraus resultiert, wie auch das Institut der Deutschen Wirtschaft anmerkt, eine hohe Arbeitsbelastung des Personals in Krankenhäusern in Deutschland ([https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user\\_upload/Studien/Report/PDF/2020/IW-Report\\_2020\\_Krankenhauskapazitaeten.pdf](https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user_upload/Studien/Report/PDF/2020/IW-Report_2020_Krankenhauskapazitaeten.pdf))

## Gesundheitsausgaben

Noch schwerer vergleichbar sind die Gesundheitsausgaben aufgrund der großen internationalen Unterschiede der Gesundheitssysteme. Während beispielsweise das südkoreanische Gesundheitssystem weitgehend privatwirtschaftlich organisiert ist, wird das britische System weitgehend über Steuern finanziert, in vielen anderen OECD-Ländern gibt es ebenfalls große Unterschiede.

Im Mittel geben die OECD-Staaten knapp 9% des BIP für ihre Gesundheitssysteme aus, Die USA am meisten mit fast 17%, gefolgt von der Schweiz (12,2) und Deutschland (11,2) (<https://blog.oecd-berlin.de/das-deutsche-gesundheitssystem-im-internationalen-vergleich>)

In Deutschland lagen dabei die Ausgaben für den Krankenhaussektor bei etwa 30% (entspricht 88 Mrd. Euro) der gesamten Ausgaben der Gesetzlichen Krankenversicherungen (GKV) 2022. Die jährliche Steigerung lag seit 2017 zwischen 1,5% und 5,3%.

([https://www.vdek.com/presse/daten/d\\_ausgaben\\_krankenhaus.html](https://www.vdek.com/presse/daten/d_ausgaben_krankenhaus.html))

Vergleicht man die Ausgaben für den Krankenhaussektor international, sieht die Situation anders aus: In Deutschland werden ca. 3,7% des BIP für den Krankenhaussektor ausgegeben, in Frankreich 4,7%, in Österreich 4,1% und in Italien 3,9%. Fallbezogen liegen die Kosten in Deutschland ebenfalls im Mittelfeld. Ein „Fall“, also die stationäre Behandlung eines kranken Menschen kostet in Deutschland im Durchschnitt 5478 \$, in den USA 13.452 \$, in Italien 6.803 \$. (<https://www.kgnw.de/presse/pressemitteilungen/2007-08-17-neue-oecd-studie-deutsche-krankenhaeuser-im-internationalen-vergleich-spitze>)

Zusammenfassend sind die Ausgaben für den Gesundheitssektor im internationalen Vergleich in Deutschland zwar insgesamt hoch, für den stationären Bereich gilt das aber keineswegs. Hier liegen die Kosten eher im Mittelfeld.

## 5. Das Gesetz im Einzelnen

Soweit also die Vorrede. Was steht nun drin im Gesetz mit den 41 Buchstaben?

Ende Juni fand im Bundestag die erste Lesung des Gesetzestextes statt, der in vielen Punkten noch



**ARBEIT - BEWEGUNG - GESCHICHTE** widmet sich der Geschichte von Arbeit und Arbeiterbewegungen von der Global Labour History bis hin zur Regional- und Alltagsgeschichte, vom Frühsozialismus bis zur Neuen Linken. Soziale Bewegungen, Arbeiterparteien und Gewerkschaften sind ebenso Thema wie (proletarische) Frauenbewegung und die Geschichte des Staatssozialismus. Ein umfangreicher Rezensionsteil sowie Tagungsberichte runden jedes Heft ab.

Schwerpunkt der Ausgabe 2024/III:

### 100 Jahre Rote Hilfe. Praktiken der Solidarität

Knud Andresen/Mareen Heying/Janik Hollnagel: 100 Jahre Rote Hilfe. Praktiken der Solidarität • Ronja Oltmanns/Vincent Delius: Aufstand, Verfolgung und Solidarität. Die Gründungsphase der Roten Hilfe in Nordwestdeutschland 1923–1925 • Pär Frohnert: Die

Flüchtlingshilfe der schwedischen Röda Hjälpn in den 1930er Jahren • Silke Makowski: Solidarität im Untergrund. Die Rote Hilfe Deutschlands in der Illegalität ab 1933 • Dominik Aufleger: Linke Solidaritätsarbeit in den langen 1970er-Jahren. Die Roten und Schwarzen Hilfen • Markus Mohr/Jan-Hendrik Schulz: Parteimaoistische Solidarität. Die Rote Hilfe e. V. der KPD/AO in den 1970er Jahren.

**ARBEIT - BEWEGUNG - GESCHICHTE** erscheint dreimal jährlich (Januar, Mai und September) im Metropol Verlag Berlin. ISSN: 2366-2387 • Einzelheft: 14 € zzgl. Porto • Jahresabonnement (3 Hefte): 39 € (Ausland 49 €) einschl. Porto • Bestellungen an den Metropol Verlag: [veitl@metropol-verlag.de](mailto:veitl@metropol-verlag.de) [www.metropol-verlag.de](http://www.metropol-verlag.de)

[www.arbeit-bewegung-geschichte.de](http://www.arbeit-bewegung-geschichte.de)

METROPOL

vage bleibt, so dass eine abschließende Beurteilung noch nicht zur Gänze möglich ist.

„Bessere Behandlungsqualität, weniger Bürokratie sowie der Erhalt eines lückenlosen Netzes von Krankenhäusern in ganz Deutschland“ – so benennt das Bundesministerium für Gesundheit (BMG) auf seiner website die Ziele der Krankenhausreform, dem sogenannten KHVVG – Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz. Ohne zu viel vorwegzunehmen: Alles nicht wahr – drei glatte Lügen! Die Behandlungsqualität wird sinken, die Bürokratie wird mehr werden und das Netz an Krankenhäusern in Deutschland wird weitere Lücken bekommen.

## Level

Weitgehend weggefallen ist nach dem Widerstand der Bundesländer offensichtlich die Einteilung der Krankenhäuser in drei Versorgungsstufen (Level), nur das Level II ist als „Sektorenübergreifende Versorgung“ erhalten geblieben. Der Level II-Versorgung wird eine Art Brückenfunktion zwischen stationärer und ambulanter Versorgung zugeschrieben. Es ist mehr oder weniger gleichbedeutend mit einem Medizinischen Versorgungszentrum mit zusätzlichen Betten, aber ohne strukturierte Notfallversorgung im Sinne einer rund um die Uhr besetzten Notaufnahme.

Unterm Strich heißt das, dass ein Teil der kleineren Akutkrankenhäuser mittels Level II in Medizinische Versorgungszentren (MVZ) umgewandelt werden und an den entsprechenden Standorten nur noch ambulante medizinische Leistungen erfolgen. Diese Entwicklung ist nicht ganz neu (siehe das ob. Beispiel des Krankenhauses Mainburg), wird aber nun quasi per Gesetz vorangetrieben. Während die bereits erwähnten Krankenhausprivatisierungen durch große private Krankenhauskonzerne wie Helios durchgeführt werden, wird mit der Versorgungsstufe Level II eine mundgerechte Zubereitung kleiner Krankenhäuser für einen anderen wichtigen Akteur der Privatisierung im Gesundheitsbereich vorgenommen. Privat Equity Fonds, also nicht an der Börse notierte Fonds, die zu Renditezwecken Geld von Anlegern einsammeln und nichts mit Medizin

zu tun haben, sind seit einigen Jahren verstärkt im ambulanten Sektor der medizinischen Versorgung aktiv. Insbesondere betreiben sie Medizinische Versorgungszentren (MVZ). Aus rechtlichen Gründen müssen sie aber dafür unter Umständen ein kleines Krankenhaus erwerben: Level II. Mit großer Wahrscheinlichkeit wird gerade hier die Privatisierung der neu entstehenden „Sektorenübergreifenden Versorgung (Level II)“ durch Privat Equity Fonds rasch voranschreiten.

## DRG und Vorhaltepauschale

Im neuen Gesetzesentwurf soll die DRG-Finanzierung nur noch 40% betragen, 60% werden durch eine Vorhaltepauschale vergütet, die unabhängig von den Fallpauschalen sein soll. Da sich aber die Vorhaltepauschale an den Fallzahlen der Vorjahre orientiert, ist doch ziemlich unklar, wo diese Unabhängigkeit herkommen soll. Vielmehr wird auch hier statt der Bedarfsorientierung das DRG-System über einen Umweg beibehalten. Neue Bürokratie entsteht durch diese Parallelstruktur. Darüber hinaus gibt es noch eine Deckelung der Ausgaben. „Von einer fallmengenunabhängigen oder kostendeckenden Finanzierung kann nicht die Rede sein.“ Die Vorhaltefinanzierung ist ein „Etikettenschwindel“ und ein „Bürokratiemonster“ (<https://www.jacobin.de/artikel/kliniksterben-gesundheitssystem-oekonomisierung>) Sprich: weder wird der „Irrweg“ des DRG-Systems wirklich verlassen, noch wird Bürokratie abgebaut. Im Gegenteil! Die Krankenhäuser sind gezwungen, mit neuen Controllern neue Wege zu finden, aus dem neuen (gedeckelten) Topf der Vorhaltepauschalen in Konkurrenz mit den anderen Krankenhäusern Gelder zu generieren. Ein Irrsinn.

## Leistungsgruppen

Qualität und Ausstattung der Krankenhäuser sollen in 65 Leistungsgruppen erfasst werden. Solche Kriterien wurden und werden von der AWMF (Arbeitsgemeinschaft der Wissenschaftlich Medizinischen Fachgesellschaften) entwickelt und sollen dafür Sorge tragen, dass die Behandlung auf einem hohen medizinischen Niveau stattfindet. Festge-

legt ist z.B., wie viele Fachärzte im jeweiligen Krankenhaus angestellt sind. Anwesenheit und Rufbereitschaft, apparative Ausstattung und ähnliches sind darin geregelt. Nur wenn ein Krankenhaus alle Bedingungen erfüllt, darf es eine bestimmte Leistungsgruppe (LG) anbieten. Das allein genügt aber nicht, dem entsprechenden Krankenhaus muss von den Ländern die Leistungsgruppe auch zugewiesen werden. Solche Leistungsgruppen sind z.B. Endoprothetik (Gelenkersatz), Herz- oder Wirbelsäulenchirurgie, Diabetes, Geriatrie (Altersmedizin) usw.

Die Leistungsgruppen orientieren sich an einem in NRW bereits etablierten Modell. Hier wird pro Leistungsgruppe der Bedarf mit einer gewissen Schwankungsbreite ermittelt und entsprechend werden die LGs nach den zu erwartenden Fällen auf die Krankenhausstandorte verteilt. Klingt schon so richtig nach Bürokratieabbau.

In NRW hat sich inzwischen mit dem „Bündnis für ein gemeinwohlorientiertes Gesundheitswesen“ beachtlicher Widerstand gegen die Krankenhausschließungen auf Länderebene organisiert.

Für die Zuordnung der Leistungsgruppen an einzelne Krankenhäuser sind also bestimmte Fallmengen und Ausstattungskriterien nötig. Diese strukturellen Vorgaben führen daher für zahlreiche Krankenhäuser – angeblich im Zuge der Qualitätsverbesserung – zur Einschränkung des Behandlungsspektrums und in der Folge zum Entzug von finanziellen Mitteln. Letztlich also eine Schließungsmaßnahme. (siehe auch: <https://www.jacobin.de/artikel/kliniksterben-gesundheitssystem-oekonomisierung>)

Das Bündnis für ein gemeinwohlorientiertes Gesundheitswesen in NRW hat inzwischen die NRW-Pläne unter die Lupe genommen und an verschiedenen Beispielen aufgezeigt, welche teilweise grotesken Folgen auch die Zuordnung der Leistungsgruppen an bestimmte Krankenhäuser haben wird. Nach den Plänen der Landesregierung soll die Leistungsgruppe zur operativen Versorgung eines Bauchaortenaneurysmas (Lokale Erweiterung der großen Bauchschlagader) nur wenigen großstädtischen Kliniken zugewiesen werden.



Hat nun ein Mensch das Pech, notfallmäßig ein Problem mit seinem Bauchortenaneurysma zu bekommen, hängt sein Leben bereits am seidenen Faden. Befindet er sich dann noch weit weg von einer zur Versorgung seines Leidens ermächtigten Klinik, verlängert sich die Zeit, bis der Rettungswagen die Klinik erreicht, laut den Angaben auf bis zu 40 Minuten. Ähnliches gilt auch für andere operative Notfälle oder auch für die Geburtshilfe, die in besonderem Ausmaß reduziert wird. (JW vom 12.8.24)

## Ziele der Krankenhausreform

Tatsächlich soll es durch die Krankenhausreform zu einem weiteren Bettenabbau und zu weiterer Standortschließung kommen. In welchem enormen Umfang dieser Abbau angedacht ist, zeigt eine Untersuchung des rwi. Laut dem Krankenhausratingreport 2023 des rwi – Leibnitz Institut für Wirtschaftsforschung –, auf den sich auch Bundesgesundheitsminister Lauterbach beruft, verfolgt die große Krankenhausreform mehrere Ziele: „Vor allem soll die fallmengenunabhängige Vorhaltefinanzierung den Mengenanreiz des DRG-Systems reduzieren, die Daseinsvorsorge stärken und über noch zu definierende Leistungsgruppen einen Anreiz zur Optimierung der Krankenhausstrukturen schaffen. Damit wird ein starker Anreiz gesetzt, Standorte zu größeren Einheiten zusammenzulegen, um damit ein höheres Versorgungslevel zu erzielen.“

Was hier noch ähnlich schön klingt wie die Darstellung auf der website des Ministeriums, wird im „Zielbild“ dann konkret: Durch fortschreitende Ambulantisierung und eine bessere Auslastung der vorhandenen Bettenkapazität auf 85% soll nur noch ein Bedarf an 316.000 Krankhausbetten an 1.200 Standorten bestehen. (www.rwi-essen.de - Schlagwort: krankhaus-rating-report-2023)

Zur Erinnerung: Aktuell gibt es fast 1.900 Standorte mit beinahe 500.000 Betten!

So schreibt denn auch das rwi weiter: „Der Weg vom Status quo zum

Zielbild ist mit erheblichen Veränderungen verbunden.“ Das kann man wohl sagen!

Die Notwendigkeit der Krankenhausreform wird von Lauterbach und vom rwi gleichermaßen u.a. damit begründet, dass sonst eine ungeordnete Insolvenzwelle droht. Laut rwi wären ohne Reform bis 2030 etwa 44% der Krankenhäuser im roten Rating-Bereich, also von Insolvenz bedroht, aktuell sind es 11%.

Innerhalb kürzester Zeit soll also die Krankenhauslandschaft nochmal um 700 Standorte und 180.000 Betten (jeweils mehr als ein Drittel!) bereinigt werden.

Bedenkt man, dass in den vergangenen 35 Jahren „nur“ etwa 20 – 25 % der Bettenkapazitäten und Standorten geschlossen wurden, ist hier eine gigantische Beschleunigung geplant.



## Die Berater

Eine umfassende Untersuchung, welche Stichwortgeber bei der Krankenhausreform im Speziellen und beim Umbau des Gesundheitswesens im Besonderen die Finger im Spiel haben, wäre natürlich interessant, aber doch relativ aufwändig. Einige wichtige Berater und Experten sind im Folgenden aufgeführt.

**Der RWI-Gesundheitsexperte** Prof. Boris Augurzky – er wünscht sich die „schöpferische Zerstörung“ des Gesundheitswesens – ist federführend für den Krankenhaus Rating Report. Er ist auch Vorstandsvorsitzender der Rhön-Stiftung, die wiederum vom Gründer der Rhön-Klinik-Kette, dem Betriebswirtschaftler Eugen Münch, ins Leben gerufen wurde. Auch Prof. Lauterbach saß laut seinem Wikipedia-Eintrag lange Jahre im Aufsichtsrat der Rhön-Kliniken und ebenso die Bertelsmann-Gesellschafterin Brigitte Mohn.

**Die Bertelsmann-Stiftung** hat 2019 eine vielbeachtete Studie mit dem Titel „Zukunftsfähige Krankenhausversorgung“ veröffentlicht, in der die Schließung von 30 – 50% der Krankenhäuser in Deutschland vorgeschlagen wurde. Zum Autorenteam zählte u.a. Reinhard Busse, Professor für Gesundheitsökonomie an der TU Berlin, ebenfalls ein einflussreicher „Experte“. Er findet: „Ein Großteil der Krankenhäuser in Deutschland ist überflüssig.“ (<https://www.jacobin.de/artikel/kliniksterben-gesundheitssystem-oekonomisierung>)

Gerade die Bertelsmann-Stiftung und die Rhön-Stiftung sind sehr aktiv bezüglich des Umbaus des Gesundheitswesens. Auf ihren websites bieten sie zahlreiche Publikationen und Diskussionsrunden zum Thema zum kostenlosen download

an. Ihre „Expertenrunden“ zeigen die enge Verzahnung von TeilnehmerInnen aus den Ministerien, der Politik, der Krankenkassen, privater Klinikbetreiber und der Hochschulen. Somit handelt es sich um einflussreiche Thinktanks des Gesundheitswesens mit ausgeprägter Scharnierfunktion zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Politik.

## 6. Kritik an der Krankenhausreform

Kritik an der geplanten Krankenhausreform kommt von linken Parteien, von den Gewerkschaften und PatientInnenvertretungen.

ver.di fordert völlig zurecht an erster Stelle die vollständige Abschaffung des DRG-Systems und stattdessen eine bedarfsgerechte Finanzierung. Aber scheinbar gibt es von gewerkschaftlicher Seite die Hoffnung, dass diese Krankenhausreform zumindest ein bisschen in die richtige Richtung gehen könnte und so gibt es lobende Worte von Sylvia Bühler aus dem ver.di-Bundesvorstand dafür, dass der Reformbedarf jetzt erkannt worden sei. Eines der ganz großen Risiken dieser Reform, die weitere Öffnung insbesondere der Level-II-Ebene für private Investoren,

hat offenbar auch ver.di im Blick, hier fordert die Gewerkschaft „*Gesetzliche Schutzmaßnahmen gegen den Einstieg renditegetriebener Investoren*“ (<https://gesundheits-soziales-bildung.verdi.de/themen/krankenhausreform>) und, ein weiterer wichtiger Kritikpunkt, eben nicht die geplante Abkoppelung der Level-II-Kliniken von der Notfallversorgung.

Auch die Ärztegewerkschaft Marburger Bund kritisiert, dass eine echte „Entökonomisierung“ nur gelingen könne, wenn die Vorhaltepau schalen – anders als bisher geplant – fallzahlenunabhängig und an den tatsächlichen Kosten orientiert sind. (<https://www.mtdialog.de/news/artikel/marburger-bund-kritik-an-geplanter-krankenhausreform>)

Insgesamt bleibt die Kritik der Gewerkschaften aber eher im Bereich der konstruktiven Ausgestaltung und Verbesserung wichtiger Details.

Jorinde Schulz vom Berliner Landesvorstand der Linkspartei und auch aktiv im „Bündnis Klinikrettung“ hat im *Jacobin* vom Februar 2024 einen ausführlichen Bericht zur Krankenhausreform veröffentlicht. Schulz beschreibt die Reform darin als „*Wegbereiterin einer kapitalfreundlichen Umgestaltung des Gesundheitswesens*“ und weiter: „*Die geplanten massenhaften Schließungen verkauft Lauterbach als qualitätsfördernde Spezialisierung*“. Schulz kritisiert die Reform engagiert in ihrer ganzen verheerenden Bandbreite und kommt folgerichtig zu vernichtenden Ergebnissen.

In einem Beitrag auf der Linken-website wird die Reform von Ateş Gürpınar dagegen lediglich als „halbherzig“ bezeichnet und in einem Parteibeschluss vom 8.7.2023 hat die Linkspartei umfangreich Ansprüche an eine tatsächliche Reform der Krankenhäuser und Kritik an den Vorschlägen Lauterbachs zusammengetragen. Der Etikettenschwindel der Vorhaltepau schalen und damit der letztlich ungebrochene Finanzdruck auf die Krankenhäuser werden darin klar benannt, die Linkspartei fordert stattdessen eine bedarfsorientierte Finanzierung. Im 14-seitigen Papier des Parteivorstandes heißt das „Selbstkostendeckung 2.0“. Auch fordert sie den „Irrweg“ der Privatisierung im Gesundheitswesen zu verlassen und stattdessen

eine Entprivatisierungsinitiative. Als eigene Vision setzt sie auf integrierte Versorgung und Planung und empfindet kommunale Versorgungszentren als Schnittstelle zwischen ambulanter und stationärer Behandlung. Ebenso wird darauf hingewiesen, dass – bezeichnenderweise – eine Bezugnahme auf die Arbeitsbedingungen und diesbezügliche Verbesserungsvorschläge völlig fehlen. (<https://www.die-linke.de/partei/parteidemokratie/parteivorstand/parteivorstand-2022-2024/detail-beschluesse-pv/linke-anforderungen-an-eine-krankenhausreform-integrierte-versorgung-statt-kaahschlag-in-der-krankenhauslandschaft/>)

In einem Antrag vom 15. Mai dieses Jahres hat die Gruppe BSW den sofortigen Stopp der Krankenhausreform gefordert und eine kostendeckende Finanzierung und bessere Arbeitsbedingungen für das



Personal gefordert. Auch kritisiert das BSW den Schwindel mit der Vorhaltepau schale. (<https://www.bundestag.de/presse/hib/kurzmel-dungen-1007366>)

## 7. Fazit und Ausblick

Am Ende bleibt nicht mehr viel zu sagen. Die Lauterbach'sche Krankenhausreform reiht sich ein in die bisher praktizierte Ökonomisierung der Krankenhäuser, sie wird Schließungen, Privatisierungen und Zusammenlegungen weiter beschleunigen, Vorschläge zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in den Krankenhäusern fehlen. Der Maßstab dabei wird nicht die medizinische Notwendigkeit, das Wohl der PatientInnen und die Versorgungssicherheit der Bevölkerung sein. Krankheit ist ein großes Geschäft und die Stichwörter werden weiterhin Rentabilität, Profitinteresse und Sparpotential heißen.

Effektiver Widerstand ist derzeit nur punktuell in Sicht. Vielfach gibt es lokale Initiativen gegen die Schließung der örtlichen Krankenhäuser. Hier ist aber zu befürchten, dass sich im Falle eines – zu erwartenden – Misserfolges keine dauerhaften Strukturen etablieren.

Bundesweit agiert seit 2020 das Bündnis Klinikrettung des Vereins „Gemeingut in BürgerInnenhand“. Hier haben sich verschiedene lokale oder regionale Initiativen zum Krankenhauserhalt zusammengeschlossen. Auch von gewerkschaftlicher Seite und attac wird das Bündnis unterstützt. In NRW ist das bereits genannte Bündnis für ein gemeinwohlorientiertes Gesundheitswesen aktiv und findet eine relativ breite Unterstützung u.a. durch ver.di, DKP, linksjugend, ÖDP, MERA25 und verschiedene Sozialverbände.

Noch ein kleiner optimistischer Ausblick zum Schluss:

Die der Belgischen Arbeiterpartei PTB/PvdA nahestehende Gesundheitsorganisation MPLP (Medizin für das Volk) (siehe auch Arsti 220) hat die folgenden Ziele zur medizinischen Versorgung in Belgien aufgestellt. Im Wesentlichen können diese auch für die deutschen Verhältnisse gelten.

- Kostenlose Gesundheitsversorgung von hoher Qualität für jede/n
- Abschaffung der Leistungsmedizin und der leistungsabhängigen Vergütung. Festgehälter für alle im Gesundheitswesen Beschäftigten
- Einrichtung eines nationalen Gesundheitsdienstes mit PatientInnen-Beteiligung und transparenter Beschlussfassung
- Erhaltung aller öffentlicher Krankenhäuser
- Allgemeine Zugänglichkeit aller Krankenhäuser
- Änderung der Arzneimittelpolitik und kostenfreie Medikamentenabgabe an die PatientInnen
- Vorrang einer sehr umfassend verstandenen Prävention: gute soziale Sicherheit, gesunde Umwelt, gute Unterkunft, verbesserter Arbeitsschutz
- Abschaffung der Ärztekammer, stattdessen Einsetzung einer Ethikkommission

Dr. K. B., 12. August 2024

# Die Entmachtung der Citoyens

**A**ugust Thalheimer (1884 – 1948), der theoretische Kopf der KPO, hat zwar in der parlamentarischen Demokratie die Plattform für den Klassenkampf gesehen, aber erkannt, dass diese Demokratie durch die „Verselbständigung der Exekutivgewalt“ in der Weimarer Republik nicht mehr ihrem Anspruch gerecht wurde. Ob Thalheimer auch um die Machenschaften der damaligen „Eliten“ hinter verschlossenen Türen gewusst hat, kann offen bleiben. Die Vertreter von Großindustrie und Großbanken planten am Ende der Weimarer Republik in ihren Villen und den Konferenzräumen von Banken den Übergang zur NS-Herrschaft. Die aus den Reihen der Harzburger Front initiierte „Arbeitsstelle“, der von der NSDAP initiierte „Keppler-Kreis“, der „Herrenclub“ oder die „Ruhrlade“, wo die führenden Vertreter der Stahl- und Elektroindustrie, des Bergbaus, der chemischen Industrie und der Banken mit Regierungsmitgliedern, sonstigen Vertretern der Exekutive und der Führung der NSDAP zusammenkamen, dienten der Organisation des Umsturzes.<sup>1</sup>

Auch in der Bundesrepublik und vor allem innerhalb der EU haben sich Konzerne und Banken im Lauf der Zeit wieder große Einflussmöglichkeiten verschafft, wobei der Unterschied zwischen damals und heute nicht verkannt werden soll. Damals diente die Politik des Kapitals unter Missachtung demokratischer Verfahren dem gezielten Umsturz. Heute dienen die runden Tische und Councils der Durchsetzung der Kapitalinteressen in der Krise des Systems, wobei die demokratischen Institutionen und Formalia auf lange Sicht beibehalten werden sollen, weil man gut damit auskommen kann. Im Fokus stehen dabei vielfach die transatlantischen Bindungen. Dem Souverän überlässt man noch einige Einflussmöglichkeiten.

Die transnationalen Institutionen, die auf globaler Ebene der Durchsetzung der neoliberalen Agenda dienen, nämlich Welthandelsorga-

nisation (WTO), Weltwirtschaftsforum (WEF) und die G7, lassen wir mit Rücksicht auf den Umfang des Artikels unberücksichtigt. Erwähnt seien nur die von der WTO etablierten Streitschlichtungsverfahren, die die gewachsene Macht des Kapitals beleuchten. Mit ihnen können sich Konzerne gegen schwindende Gewinnerwartungen durch neue Umweltgesetze, arbeitsrechtliche Regelungen oder ähnliches wehren.

Vernachlässigt wird im Folgenden auch die Kapitalmacht, die sich allein aus den faktisch geschaffenen Abhängigkeiten der Politik, verschärft durch die neoliberale „Entbettung“ der Wirtschaft (Alt Vater), ergibt, das was Jeffrey Sachs als Corporatocracy bezeichnet. Für die USA hat er vier Machtkomplexe ausgemacht: den militärisch-industriellen Komplex, die Finanzindustrie oder die Wall Street, den Ölsektor und die Pharmakonzerne. In der Bundesrepublik gibt es keine Entsprechung zu den vier Machtkomplexen, denen Sachs eine entscheidende Rolle für die US-Politik zuschreibt. Nur dem Einfluss der Autoindustrie und der Energiewirtschaft auf die bundesrepublikanische Verkehrs- und Klimapolitik kann man eine analoge Bedeutung zuschreiben. Deren Macht verdankt sich wie in den USA einerseits dem Lobbyismus, andererseits einfach der Abhängigkeit von geschaffenen Tatsachen, solange man am bisherigen Entwicklungspfad festhält.

Innerhalb der EU lassen sich eher Tendenzen zur Corporatocracy feststellen. Hier spielen der Finanzsektor, und zwar unter massiver Beteiligung von US-Vermögensverwaltern und Fonds, die Chemie- und Agrarkonzerne und vielleicht noch die Energiewirtschaft eine ähnliche Rolle wie die großen Vier in den USA. Zur Zeit erwecken die deutsch-französischen Kooperationsprojekte zur Entwicklung eines gemeinsamen Luftkampfsystems und Kampfpanzersystems (Wagner 2022, 123ff.) den Eindruck,

dass sich ein militärisch-industrieller Komplex entwickeln könnte, der die europäische Politik auf einen bestimmten Entwicklungspfad zwingt.

Generell muss man sich die politischen Einflussmöglichkeiten verge-



genwärtigen, die sich Konzerne und Banken geschaffen haben. Geballte Kapitalmacht ist versammelt im European Round Table of Industrialists (ERT), 1983 von 17 europäischen Konzernvertretern gegründet, darunter zum Beispiel die CEOs oder Eigentümer von Thyssen, Siemens, Fiat. Das Gründungsmotiv war die Belebung des europäischen Binnenmarkts, vor allem durch den Abbau wachstumshemmender Regulierungen. Auch die Flexibilisierung des Arbeitsmarkts war den Teilnehmern wichtig. Die heute über 45 Vertreter transnationaler Konzerne halten regelmäßig Kontakt miteinander, was ihren Einfluss ahnen lässt (Hofbauer 2014, 148ff.).

Die älteste Gruppierung dieser Art, der Council on Foreign Relations (CFR), wurde schon kurz nach dem Ersten Weltkrieg von US-amerikanischen Großbanken und Konzernen gegründet und hat transatlantischen Charakter. Für Arundhati Roy ist es die „heute mächtigste außenpolitische Interessengruppe“ (2012, 65). Sie hat seit 1946 alle Weltbank-Präsidenten gestellt. Zu den heute 250 Corporate Members zählen auch die Deutsche Bank und BASF. Neben Unternehmen bilden circa 4.500 Angehörige der transnationalen Kapitalistenklasse die Mitgliedschaft. Im Magazin *Der Spiegel* wurde eine Reportage über die Organisation 1975 betitelt „Ein Politbüro für den Kapitalismus?“<sup>2</sup> Dabei geht es vor allem um einen US-geführten Kapitalismus.

1– Hörster-Philipps 1977

2– Zitiert nach Hofbauer 2014, 144

Der CFR stiftete 1921 „die verhängnisvolle Freundschaft“ mit den USA zur wirtschaftlichen Durchdringung Europas (Rügemer 2023). Und nach dem Zweiten Weltkrieg hat er mit dem sog. Marshall-Plan maßgeblich die Nachkriegsordnung und den zukünftigen Weg Europas mitbestimmt und das vorangetrieben, was die Leitmedien der USA 1940 als Kriegsziel formuliert hatten, nämlich die Welt in ein „Amerikanisches Jahrhundert“ zu führen.



Die transatlantischen Zirkel dominieren unter diesen Gremien, die das Licht der Öffentlichkeit eher scheuen. Neben der Trilateralen Kommission, in der seit 1973 die Kooperationsbeziehungen zwischen dem US-amerikanischen, europäischen und japanischen Kapital gepflegt werden, ist die Atlantik-Brücke die Organisation, der vor allem die außenpolitische Abstimmung in der geopolitischen Auseinandersetzung aufgetragen ist. Schon bald nach 1945 gründete man in den USA, um dem Werben der sowjetischen Führung um eine geeintes Nachkriegsdeutschland den Boden zu entziehen, zwei Nichtregierungsorganisationen, mit denen die Bindung der westdeutschen Eliten an die USA gestärkt werden sollte. Das waren die Atlantik-Brücke e.V. und der American Council on Germany, beide 1952 gegründet. Nach der Auflösung der Sowjetunion 1991 gewannen beide neue Bedeutung. Denn man konnte in den USA kein Interesse daran haben, dass Gorbatschows Vision von einem „gemeinsamen europäischen Haus“ Wirklichkeit würde. Das hätte eine Schwächung der transatlantischen Beziehungen zur Folge gehabt oder haben können. Im Atlantic Council, gegründet 1961, sind ebenfalls privatwirtschaft-

liche und politische Akteure vernetzt. Manche Mitglieder wechseln in hohe Regierungsämter. Zu den Sponsoren gehören Chevron, Airbus, Deutsche Bank, aber auch Regierungen, darunter die EU-Kommission.

Man kann von einer neuen Form des informellen Policy Making sprechen. „Gentlemen's agreements“ bzw. Mausechelen vermögender Personen ersetzen förmliche und daher transparente Abkommen“ (Altwater 2007, 330) bzw. bereiten formelle Abkommen vor. Neben der Einbindung politischer Entscheidungsträger und Meinungsmacher in solchen Netzwerken darf die militantere Form des Klassenkampfes nicht vergessen werden. Werner Rügemer (2018) macht auf die Phalanx von Wirtschaftsprüfern, Unternehmensberatern (am bekanntesten McKinsey), Wirtschafts-



und Anwaltskanzleien aufmerksam – alles internationale Akteure, finanziert von internationalen Kapitalorganisations (216ff.). Wirtschaftskanzleien helfen bei der Durchsetzung von Profitinteressen gegen öffentliche Interessen, Anwaltskanzleien helfen dabei, eine gewerkschaftliche Vertretung im Betrieb zu verhindern oder widerständige Betriebsräte auszuschalten.

Mit dem Zusammenschluss der europäischen Staaten in der Europäischen Union ist den politischen Eliten das Meisterstück einer Reform zugunsten der Kapitalinteressen gelungen. Mit den neoliberalen Organisationsprinzipien hat die EU die nationalen Verfassungen der Nachkriegszeit überholt und entwertet.<sup>3</sup> Austerität, Deregulierung, Wettbewerb und die Privatisierung öffent-

licher Dienste und Infrastrukturen bilden zusammen ein konsistentes bürgerfeindliches Politikkonzept, das dem angeblichen Souverän der Demokratie nicht mehr viel Einfluss und Kontrolle ermöglicht.

Allein schon die Verlagerung von politischen Entscheidungen auf die supranationale Ebene begünstigt nach Markus Wissen (2011) machtvolle Interessen. 80 Prozent der Entscheidungen des Deutschen Bundestags beruhen schon um 2008 auf Entscheidungen der EU-Kommission oder wurden davon beeinflusst (Klein 2008, 203). Dabei ist die Politik auf EU-Ebene unter anderem wegen der Intransparenz der Entscheidungsprozesse mehr als auf nationaler Ebene anfällig für Lobbyismus. „Die EU ist aufgrund der politischen Relevanz und ihrer hoheitlichen Rechte zu einer Hochburg für Lobbyisten geworden“ (Frantz/Martens 2006, 109, vgl. Hofbauer 2014, 132).<sup>4</sup> Gefördert wird das auch durch die Intransparenz des riesigen Verwaltungsapparats in Brüssel. Zum Einfluss der Lobbygruppen, zum Beispiel der Chemie- und Agrarkonzerne, kommt das Netzwerk von unternehmensnahen Thinktanks und Organisationen wie der schon genannten Trilateralen Kommission. Es kann zum Beispiel nicht verwundern, dass das EU-Parlament vor kurzem wieder grünes Licht für Glyphosat und Gentechnik gege-



ben hat, obwohl dies offenbar nicht nur dem Urteil vieler Agrarexperten, sondern auch dem Mehrheitswillen widerspricht.

Das Demokratiedefizit der EU ist insofern grundlegend, als das EU-Parlament nicht die Maßstäbe einer Legislative erfüllt; denn es hat kein Initiativrecht im Gesetzgebungsverfahren. Das heißt, das Parlament kann

3– Zu den radikaldemokratischen Elementen in der italienischen Verfassung Philipp Becher über P. Togliatti „Verfassungstreuer Revolutionär“ in jW v. 21.08.24, S.12/13. Eine zukunfts offene Interpretation des GG hat Wolfgang Abendroth geliefert.

4– Um 2005 waren nach Frantz/ Martens (2006) mindestens 15.000 Lobbyisten am Sitz der EU-Kommission aktiv.



keine Gesetzesvorhaben auf den Weg bringen, sondern es kann nur die von der Kommission, der Exekutive also, eingebrachten Gesetzentwürfe annehmen, ablehnen oder modifiziert an den letztentscheidenden Rat, das gemeinsame Organ der Staats- und Regierungschefs, weiterreichen. Dasselbe Verfahren gilt für die Wahl des Kommissionspräsidenten. Abweichend von den üblichen Rechten eines Parlaments hat das EU-Parlament auch kein Budgetrecht, ein für bürgerliche Parlamente traditionell elementares Recht. Der EU-Haushalt, der von der Kommission entworfen wird, bedarf zwar auch der Zustimmung des Parlaments. Aber entscheidend ist die Zustimmung des Rats der Europäischen Union, was insofern verständlich ist, als die Union ihren Haushalt aus den Beiträgen der Mitgliedsstaaten bestreitet. Die EU selbst kann keine Abgaben und Steuern erheben.

Die EZB ist zwar formell dem EU-Rat und EU-Parlament gegenüber rechenschaftspflichtig. Aber dies erschöpft sich in Jahresberichten, eventuell ergänzt um parlamentarische Anfragen. Der Fiskalpakt zur EU-weiten Durchsetzung der Austerität, beschlossen 2012, kommt der Entmündigung der nationalen Parlamente gleich; denn deren Budgethoheit geht auf die EU-Kommission über, weil dieser alle Haushaltspläne zur Kontrolle der finanziellen Stabilität vorgelegt werden müssen. „Im Ergebnis verlieren die nationalen Parlamente so unmittelbar das letzte Wort in Sachen Haushaltspolitik“, so der Rechtswissenschaftler Andreas Fisahn (zit. nach Hofbauer 2014, 91). Völlig der demokratischen Kontrolle entzogen ist der von den Euro-Ländern in zwischenstaatlichen Verträgen vereinbarte Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM), der wie der Internationale Währungsfonds als Kapitalgesellschaft eingerichtet ist und Notkredite oder Bürgschaften für defizitäre Volkswirtschaften oder marode Banken innerhalb der EU bereitstellen soll. Obwohl die Mitgliedsstaaten mit Milliardenbeträgen haften, sind die Bediensteten des ESM keiner gewählten Instanz gegenüber verantwortlich. So waren übrigens auch die „Rettungsschirme“ zur Zeit der Finanzkrise der Intervention des EU-Parlaments entzogen. Dabei

entschieden die mit den Zahlungen verbundenen Auflagen über den Lebensstandard ganzer Bevölkerungen.

Die Wählerinnen und Wähler können auch nur bedingt die Zusammensetzung des EU-Parlaments bestimmen, weil sich die von ihnen gewählte Partei mit Parteien aus anderen Ländern zusammenschließen muss, um eine Fraktion zu bilden. Aber die Parteien eines politischen Spektrums unterscheiden sich bei aller Gemeinsamkeit nicht unbeträchtlich von Land zu Land aufgrund unterschiedlicher nationaler Traditionen und politischer Kulturen. Das verweist auf einen weiteren Aspekt: Es gibt nur ansatzweise eine europäische Öffentlichkeit, die als kritisches Organ wirken könnte. Auch die demokratische Legitimation der Kommission als Quasi-Regierung ist fragwürdig; denn die Kommissare werden von den nationalen Regierungen nominiert. Sie müssen sich lediglich einer Anhörung durch das Parlament stellen.

Der Wähler hat auf die politischen Entscheidungen auf EU-Ebene so wenig Einfluss wie der Wähler in den USA auf die Politik der Administration. Aber auch was er innerhalb seines Landes befürwortet oder ablehnt, ist seinem Votum meist entzogen. Denn die Parteien können ihm vor der Wahl alles Mögliche versichern. Aber sie können es oft nicht einlösen, weil EU-Richtlinien dem entgegenstehen. Die demokratische Kontrolle der Politik der EU-Kommission, die dem Normalbürger weitgehend entgeht, ist unzureichend. Wer weiß schon von der „Kapitalmarktunion“, die seit 2015 die Deregulierung des Finanzmarkts vorantreibt und damit die Spekulation begünstigt (Lemaire/Plihon 2016)? Dass die EU entgegen der Gründungsakte mit der „Europäischen Globalstrategie“ auch zur Militärmacht werden will, kann dem Wähler angesichts der Vorgaben der NATO schon egal sein. Auf beides hat er keinen Einfluss.

Die EU hat den „freien Wettbewerb“ zum konstitutiven Merkmal der Union erhoben und damit die Macht der Konzerne gegenüber den nationalen Regierungen gestärkt und die Gegenmacht der Gewerkschaften geschwächt. Dazu dienten zum Beispiel die EU-Dienstleistungsrichtlinie, die Dezentralisierung von

Tarifverhandlungen und die Liberalisierung des Kündigungsschutzes (dazu Rüb/Müller 2013, Rügemer 2020). Dabei hätte die EU dem durch die Globalisierung bedingten Unterbietungswettbewerb bei Steuern, Umweltstandards und beim Arbeitsrecht Grenzen setzen können. Stattdessen hat man den Wettbewerb ins Innere der Union verlagert.

Ein wichtiger Schritt dazu war die Privatisierung öffentlicher Dienste und Infrastrukturen (Auernheimer 2021), um sie zueinander in Konkurrenz zu setzen. Im Vertrag von Amsterdam haben sich die EU-Staaten 1999 dazu verpflichtet, den Kurs der Privatisierung einzuschlagen (Crouch 2015, 116). Die Entmachtung der Bürgerinnen und Bürger wird dadurch verstärkt. Denn mit der Privatisierung hat der Staat „öffentliche Güter wie Gesundheit, Wohnen, Sicherheit, Bildung und Kultur in Handelsgüter verwandelt und deren Nutzer in Kunden“ (Bourdieu 1999, 27). Bourdieu sah damals darin ein „amerikanisches Modell“. Inzwischen ist dieser Prozess viel weiter fortgeschritten. Private Dienste bestimmen unseren Alltag. Das Problem dabei ist: Als Bürger konnte ich Einfluss nehmen auf die gesundheitliche Versorgung, die Energieversorgung oder die Müllentsorgung in der Region. Als Kunde kann ich das nur teilweise. Colin Crouch meint sogar: „Zwischen den Menschen und dem Dienstleister gibt es keinerlei Verbindung – weder durch den Markt noch durch ihren Status als Staatsbürger“ (2015, 129). Die Privatisierung kommunaler Krankenhäuser, Altersheime, Wohnbaugesellschaften und Verkehrsmittel hat auch den Spielraum kommunaler Politik eingeengt, zum Teil massiv eingeengt. Aufgrund der Armut der öffentlichen Hand sind manche Kommunen inzwischen fast handlungsunfähig. Die durch die so genannte Schuldenbremse verschärfte Haushaltskrise hat vermutlich alle Kommunen in Schockstarre versetzt.

Eine logische Konsequenz der Verschlankung des Staates ist neben der Privatisierungspolitik der Bedeutungszuwachs des Stiftungswesens, der ebenfalls mit dem Verlust der öffentlichen Kontrolle über gesellschaftlich bedeutsame Initiativen und Einrichtungen einhergeht. Über die Verwendung der Geldmittel, die

dem staatlichen Fiskus entzogen sind, entscheiden Vorstände, Kuratorien oder der jeweilige Stifter ganz nach seinem Gusto, d.h. nach Maßgabe seiner philanthropischen Neigungen. An die Stelle demokratischer Legitimation tritt der Ausweis durch „soziale Verdienste“ oder den erworbenen Reichtum. Roy (2012) spricht vom „Imperialismus der Wohltäter“. „In den Stiftungen ging man daran, das Konzept einer Global Corporate Governance zu entwickeln, einer Weltherrschaft der Konzerne“ (Roy 2012, 65).

Die Bertelsmann-Stiftung beispielsweise, die innerhalb der Bundesrepublik bereits großen Einfluss ausübt (Rügemer 2011, 68f.), nimmt seit Gründung der Bertelsmann Foundation in den USA auch Einfluss auf die internationale Politik. Sie hat zum Beispiel einen runden Tisch von Kongress-Abgeordneten und Abgeordneten des EU-Parlaments initiiert und die transatlantischen Freihandelsabkommen protegirt. Mit dem jährlich erstellten Standort-Ranking, mit dem die Aussichten auf Wachstum und Beschäftigung der Industriestaaten bewertet werden, beansprucht die Stiftung ein wirtschaftspolitisches Urteil auf internationaler Ebene. Ein „Reformindex“ soll die Reformfähigkeit von Staaten messen. Auf nationaler Ebene nimmt sie mit Studien und Gutachten längst Einfluss auf die Bildungs- und Gesundheitspolitik. Sie hat zum Beispiel 1994 gemeinsam mit der Hochschulrektorenkonferenz das Zentrum für Hochschulentwicklung als gemeinnützige GmbH gegründet. Erklärtes Ziel war es, „die Hochschulen von der staatlichen Regulierung zu befreien“. Ein Gutachten glorifiziert Public Private Partnership als Modell der Zukunft.

Der Klassenkampf, wie er früher im nationalen Rahmen ausgetragen wurde, ist einem Krieg mit vielen Fronten auf transnationaler Ebene gewichen, zwischen Kapitaleignern und -verwaltern auf der einen und der Masse der abhängig Beschäftigten auf der anderen Seite, zwischen Transnationalen Konzernen und ihren mittelständischen Zulieferern, zwischen Agrarkonzernen und Discounterneinerseits und bäuerlichen Produzenten andererseits, zwischen denen, die in den reichen Ländern und in den Gated Communities der

Schwellenländer mehr oder weniger Wohlstand genießen, und den gegen Armut und Perspektivlosigkeit Kämpfenden an der Peripherie. So werden im globalen Rahmen verschiedene Kämpfe von unterschiedlichen Akteuren ausgetragen, von Thinktanks, Foren, elitären Netzwerken, Stiftungen, Umweltverbänden, Bauernverbänden, Gewerkschaften und anderen NGOs.

Georg Auernheimer

Literatur:

- Altvater, Elmar (2007): *Von Nairobi nach Heiligendamm. Global Governance und der Kampf um Hegemonie*. In: *Blätter f. dt. u. internat. Politik*, S.329f.
- Auernheimer, Georg (2021): *Wie gesellschaftliche Güter zu privatem Reichtum werden. Über Privatisierung und andere Formen der Enteignung*. Köln: PapyRossa.
- Bourdieu, Pierre (1999): *Die Durchsetzung des amerikanischen Modells und seine Effekte*. In: *Sozialismus*, H.12.
- Crouch, Colin (2015): *Postdemokratie*. 11. Aufl. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Frantz, Christiane/Martens, Kerstin (2006): *Nichtregierungsorganisationen (NGOs)*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwiss.
- Hofbauer, Hannes (2014): *Die Diktatur des Kapitals. Souveränitätsverlust im postdemokratischen Zeitalter*. Wien: Promedia.
- Hörster-Philipps, Ulrike (1977): *Großkapital, Weimarer Republik und Faschismus*. In: Kühnl, Reinhard/Hardach, Gerd (Hrsg.): *Die Zerstörung der Weimarer Republik*. Köln: Pahl-Rugenstein.
- Klein, Dieter (2008): *Krisenkapitalismus. Wohin es geht, wenn es so weitergeht*. Berlin: Karl Dietz Verlag.
- Lemaire, Frédéric/Pilhon, Dominique (2016): *Eine finanzpolitische Zeitbombe. Die geplante Kapitalmarktunion setzt auf mehr Deregulierung in der EU*. In: *Le Monde diplomatique* 01/16, S.9
- Rüb, Stefan/Müller, Torsten (Hg.) (2013): *Arbeitsbeziehungen im Prozess der Globalisierung und Europäischen Integration*. Baden-Baden: Nomos.
- Rügemer, Werner (2011): *Heuschrecken im öffentlichen Raum*.

*Public Private Partnership*. 2.Aufl. Bielefeld: transcript.

Rügemer, Werner (2018): *Die Kapitalisten des 21. Jahrhunderts*. Köln: Papyrossa.

Rügemer, Werner (2020): *Imperium EU. Arbeitsunrecht, Krise, neue Gegenwehr*. Köln: Papyrossa.

Rügemer, Werner (2023): *Verhängnisvolle Freundschaft. Wie die USA Europa eroberten. Erste Stufe*. Köln: Papyrossa.

Roy, Arundathi (2012): *Kapitalismus. Eine Gespenstergeschichte*. 2. Teil, *Der Imperialismus der Wohltäter*. In: *Blätter f. dt. u. internat. Politik*, S.63-74.

Sachs, Jeffrey (2011): *The Price of Civilization: Reawakening American Virtue and Prosperity*. New York: Random House.

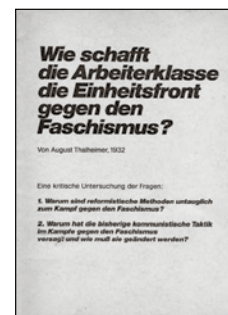
Wagner, Jürgen (2022): *Im Rüstungswahn. Deutschlands Zeitenwende zu Aufrüstung und Militarisierung*. Köln: Papyrossa.

Wissen, Markus (2011): *Gesellschaftliche Naturverhältnisse in der Internationalisierung des Staates*. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Anzeige

August Thalheimer:

**Wie schafft die Arbeiterklasse die Einheitsfront gegen den Faschismus?**



Nachdruck, 34 Seiten, 1,50 €  
Arbeiterstimme  
Postfach 910307  
90261 Nürnberg  
oder:  
redaktion@arbeiterstimme.org

# Eine Frage der Methode

## Verfechter der Einheitsfront.

### Annäherungen an das politisch-theoretische Werk von August Thalheimer anlässlich seines 140. Geburtstags



In dem 2016 erschienenen, weitläufig konzipierten „Marx-Handbuch“ der Herausgeber Michael Quante und David P. Schweikard werden unter dem Abschnitt „Philosophische Strömungen“ auf mehr als sechzig Seiten marxistische Positionen und Personen im Anschluss an Karl Marx dargestellt. Neben Vertretern des Austromarxismus sowie Antonio Gramsci, Rosa Luxemburg, Ernst Bloch, Georg Lukács, Louis Althusser und Leo Trotzki bleibt auch ein Karl R. Popper nicht unerwähnt. August Thalheimer fehlt. Der kommt selbst im vorangestellten Auftaktartikel zum „Dialektischen Materialismus“ nicht vor.

August Thalheimer hatte bereits zehn Jahre vor dem im „Marx-Handbuch“ als „finale Kanonisierung“ bezeichneten Dreißig-Seiten-Text von Josef Stalin „Über dialektischen und historischen Materialismus“ (1938) an der Sun-Yat-sen-Universität zu Moskau (1927) mit seiner Vortragsreihe „Einführung in den Dialektischen Ma-

terialismus“ den Anspruch verfolgt, damaligen Hörern oder Lesern in den Hauptrichtungen der Weltanschauungen eine selbstständige Orientierung zu vermitteln. Das beginnt mit der Erklärung von Religion als phantastische Deutung von Gesellschaft und Natur und setzt sich fort in der Behandlung der antiken Dialektik, des weiteren der indischen und chinesischen alten Philosophie und der Entwicklung des inneren Zusammenhangs der Hauptsätze der materialistischen Dialektik.

#### Eigenes Unvermögen

Angesichts des eingeschlagenen ultralinken Kurses der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) unter der Führung von Ernst Thälmann und gegen dessen Willen kehrte August Thalheimer 1928 aus der Sowjetunion nach Deutschland zurück. In seinem Grundsatzreferat „Um was geht es?“ umschrieb er die bislang ungelöste Aufgabe des internationalen Klassenkampfes:

„Die proletarische Revolution ist noch in keinem einzigen Lande außerhalb Russlands zum Siege gelangt. Und der bedeutendste der Versuche in Westeuropa nach 1920, um die proletarische Diktatur aufzurichten, der von 1923 in Deutschland, ist gescheitert nicht nur an der objektiven Situation, sondern vor allem auch an dem Unvermögen, die nationalen Besonderheiten des Weges zur proletarischen Revolution in diesem Lande, der Taktik und Strategie auf Grund der grundlegenden Prinzipien des Kommunismus richtig auszuarbeiten, diese Prinzipien in den Einzelheiten ‚richtig abzuändern‘. Weder der Opportunismus noch der linke Doktrinarismus, in heutiger Sprache des Ultralinkertums, sind besiegt.“<sup>1</sup>

Diesen Anspruch vermochte die KPD-Opposition (KPO) mit ihrem Bestreben zur Formierung der Einheitsfront der Arbeiterorganisationen gegen den aufkommenden Hitlerfaschismus nach 1930 aufgrund ihrer nur regional verstreut vorhandenen organisatorischen Kraft gegenüber KPD und SPD nicht wirksam umzusetzen. Als „Abtrünniger“ der Kommunistischen Internationale blieb August Thalheimer von da an an den Rand der „moskautreuen“ kommunistischen Weltbewegung gedrängt. Erst im Gefolge der westlichen „Neuen Linken“ Ende der 1960er Jahre stießen seine politischen Positionen wieder auf Interesse, nicht zuletzt in Westdeutschland gefördert durch Wolfgang Abendroth.<sup>2</sup>

Doch zurück zu den Anfängen: August Thalheimer wurde am 18. März 1884 in Affaltrach in Württemberg geboren. Der Vater war Weingroßhändler. Thalheimer studierte Sprachwissenschaften und Philosophie in Oxford, London, Berlin und Strasbourg, wo er 1907 promoviert wurde. 1910 begann er auf Vermittlung Rosa Luxemburgs als Volontär bei der Leipziger Volkszeitung, wo er Franz Mehring kennenlernte. Schließlich übernahm er ab 1911 die Redaktion der Göppinger Freien Volkszeitung, zwischen 1914 und 1916 leitete er den Braunschweiger Volksfreund, zwei dem linken Parteiflügel der Sozialdemokraten zugehörige Zeitungen.

Als Gegner der Burgfriedenspolitik der SPD-Führung wurde Thalheimer Mitglied der Gruppe Internationale und später des Spartakusbundes. 1916 wurde er zum Militärdienst einberufen. Ab Ende 1918 war er in Zusammenarbeit mit Rosa Luxemburg in der Redaktion der Roten Fahne tätig und übernahm anschließend bis 1923 in leitender Funktion Aufgaben in der KPD-Parteizentrale. Als vermeintlich Verantwortlicher für den gescheiterten Hamburger Okto-

1 Gegen den Strom, Organ der KPD-Opposition, Band 1: 1928–1929, Reprint, Hannover 1985, S. 60

2 Vgl. Karl Hermann Tjaden: Struktur und Funktion der KPD-Opposition (KPO). Eine organisationssoziologische Untersuchung zur Rechtsopposition im deutschen Kommunismus zur Zeit der Weimarer Republik, Meisenheim am Glan 1964

beraufstand<sup>3</sup> wurde Thalheimer nach 1923 zusammen mit Heinrich Brandler in Moskau „kominterniert“. In der Sowjetunion wirkte er am Marx-Engels-Institut als Professor für Philosophie, beschäftigte sich mit Programmfragen der Dritten Internationale und hielt Vorlesungen an der Sun-Yat-sen-Universität, einer eigens für chinesische Revolutionäre eingerichteten Hochschule. 1928 kehrte er nach Deutschland zurück und gründete gemeinsam mit Heinrich Brandler und anderen die Kommunistische Partei-Opportunisten.

## Faschismustheorie

War es seit 1920 vornehmlich das Herausfinden einer politischen Taktik der Führung von Tageskämpfen um unmittelbare Verbesserungen der Arbeits- und Lebensbedingungen, mit der eine breite Einheitsfront einer in sich fraktionierten Arbeiterklasse über ihre gewonnenen Kampferfahrungen hin zu Übergangslösungen wie die Arbeiterkontrolle der Produktion dann die gesellschaftliche Machtfrage gegenüber dem Kapital stellen konnte, gewann dieses Konzept mit dem Vordringen des Faschismus in Italien oder Bulgarien, später dann

in Deutschland noch mehr Dringlichkeit. Unter Rückgriff auf den von Marx 1852 definierten Begriff des Bonapartismus bemerkte Thalheimer:

„Marx entwickelt im einzelnen, wie die französische Bourgeoisie nach 1848/49 angesichts der Erhebung der Arbeiterklasse in der Junischlacht, um ihre soziale Existenz zu retten, ihre politische Existenz preisgibt, sich der Diktatur eines Abenteurers (Napoleon III., H. Z.) und seiner Bande unterwirft.“<sup>4</sup>

Nun entsprach das Deutschland unter monopolkapitalistischen Bedingungen nicht dem Frankreich von 1850. Zudem blieb um 1930 eine breite Erhebung der deutschen Arbeiterklasse gegen die Krisenpolitik von Regierung und Kapital aus. Gleichwohl folgt die unter Einfluss Thalheimers in der Plattform der KPD-Opportunisten von 1930 formulierte Definition diesem Leitgedanken und warnt vor der erwartbaren Krisenlösung über terroristisches Vorgehen einer Bürgerkriegsarmee (SA) des Hitlerfaschismus in Verbindung mit dem Staatsapparat.

„Der Faschismus ist die offene, aber indirekte Diktatur der Bourgeoisie. Der Faschismus ersetzt die bürgerliche Demokratie durch die direkte Gewaltherrschaft besonderer Partei- und militärischer Organisationen von vorwiegend kleinbürgerlicher Zusammensetzung. Der Klasseninhalt der Politik des Faschismus ist die Verteidigung der kapitalistischen Ordnung durch Zerstörung der proletarischen Partei- und Massenorganisationen, durch die gewaltsame Unterdrückung aller Regungen des proletarischen Klassenkampfes, durch die Aufrichtung des Organisationsmonopols für die faschistischen Organisationen. Der bürgerliche Staatsapparat unter faschistischer Herrschaft beruht auf der Verselbständigung der Exekutivgewalt und der Unterordnung der gesamten gesellschaftlichen Organisationen unter sie. Auch die bürgerliche Demokratie ist eine Gewaltherrschaft der Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse. Das Kennzeichen des Faschismus ist nicht die Gewalt

als solche, sondern die Erweiterung des Umfangs und die Ständigkeit ihrer Anwendung. Der Faschismus ist also die zugespitzteste, gewaltsamste und ‚prostituierteste‘ Form der bürgerlichen Klassenherrschaft.“<sup>5</sup>

Solange die ökonomische Situation nach den Inflationsjahren in Deutschland Anfang der 1920er Jahre nicht in das durch die Weltwirtschaftskrise hervorgerufene erneute Massenelend zum Ende des Jahrzehnts umschlug, konnte die Fortentwicklung und breitere Popularisierung der marxistischen Theorie je nach Anlass bearbeitet werden. Kurz nach dem Tode von Lenin griff Thalheimer in einem Aufsatz dessen Denkungsart in der Herangehensweise an die Lösung politischer Probleme auf. Was Lenin vor allen seinen Zeitgenossen auszeichnete im Umgang mit der materialistisch-dialektischen Methode, sei „die Schnelligkeit, die Genauigkeit und die instinktmäßige, fast automatische Sicherheit, Kühnheit und zugleich Vorsicht, mit der er sie anzuwenden wusste“, schrieb Thalheimer. Bereits hier umschrieb er die methodische Erkenntnis, der er Zeit seines weiteren politischen Wirkens treu blieb:

„Nach einer gewissen Zeit entstehen neue Verhältnisse, die neue Lösungen erfordern, oder auch alte Fragen treten in neuer Form, unter neuen Begleitumständen auf. (...) Die Methode ist das Mittel, neue Resultate zu finden, neue Situationen zu meistern. Darum ist sie noch wichtiger als die Resultate selbst.“<sup>6</sup>

## Zur Frage der Religion

Mit der Sowjetunion der 1920er Jahre existierte erstmals, auch wenn das nicht für die nachrevolutionäre Gesellschaft zutraf, ein säkularer Staat, der sich nicht über religiöse Bekenntnisse legitimierte. Religion galt von nun an als Privatsache, was nicht hieß, sie totzuschweigen. Ging es nicht nur um die ideologische Immunisierung der kommunistischen

Anzeige

### August Thalheimer: Die Potsdamer Beschlüsse



Nachdruck mit einem Vorwort der Gruppe Arbeiterpolitik, August 1950

32 Seiten, 1,50 Euro

Bestelladresse:  
Arbeiterstimme, Postfach 910307  
90261 Nürnberg  
oder: redaktion@arbeiterstimme.org

3 Siehe hierzu: August Thalheimer: 1923: Eine verpasste Revolution? Die deutsche Oktoberberlegung und die wirkliche Geschichte von 1923, Berlin 1931

4 August Thalheimer: Programmatische Fragen, Kritik des Programmwerfs der Kommunistischen Internationale (VI. Weltkongress), Mainz 1993, S. 54

5 Plattform der Kommunistischen Partei Deutschlands (Opportunisten). Beschlossen auf der Reichskonferenz zu Berlin 1930, hg. v. der Gruppe Arbeiterpolitik, Hamburg 1972

6 August Thalheimer: Über die Handhabung der materialistischen Dialektik durch Lenin in einigen Fragen der proletarischen Revolution, Reprint Arbeiterliteratur, Band I, Berlin 1977, S. 13 f.



Parteiaktivisten, blieb die Zurückdrängung der Religion im Massenbewusstsein eine Aufgabe der kommunistischen Parteien aller Länder. Es kam darauf an, Religion nicht einfach

sie bedarf sogleich nach dem Siege der Kirche und somit der Religion wieder als soziale Stütze gegen das nachdrängende Proletariat und nicht minder zur Beherrschung der Bauern. Und wenn am Ende

erscheint, wie in den klassischen Formen des philosophischen Idealismus, sondern behaftet mit allem möglichen konkreten Zubehör, als ‚Leben‘, als ‚Existenz‘ usw. Es gehört kein allzu großer Scharfsinn



Kommunisten und Sozialdemokraten: Auf der Fahne neben Hammer und Sichel ist auch das Symbol der sozialdemokratischen Eisernen Front (Leipzig, 1.1.1933)

zu verwerfen, sondern Herkunft und Bedürfnis zu erklären, ja selbst all das aufzuheben, was im religiösen Gewand zu ihrer Verneinung aufklärend beitrug.

Diese Leistung erbrachte unter der oligarchischen Herrschaft der niederländischen Handelsbourgeoisie des 17. Jahrhunderts Baruch de Spinoza (1632–1677). Für ihn war, auf eine Kurzformel gebracht, „trotz aller Leidenschaften den Menschen nichts nützlicher (...) als der Mensch“. Spinozas 250. Todestag gab den Anlass, der Notwendigkeit grundlegender wie verständlicher Religionskritik nachzukommen. Dem entsprachen Abram Deborin (1881–1963) und August Thalheimer mit einem Sammelband. Thalheimer bemerkte: „Der Angriff gegen die Form der Religion überhaupt ist im Gange bürgerlicher Revolutionen immer erst die letzte und äußerste Etappe, und sie ist immer nur ein kurzer Moment, denn die siegreiche Bourgeoi-

ihrer Laufbahn die Bourgeoisie den Boden unter ihren Füßen wanken sieht, braucht sie den religiösen Nebel auch zum Selbstgebrauch, zur eigenen Betäubung. Und so wird Spinoza und der Spinozismus in unseren Tagen abermals wiedergeboren – jetzt aber als ‚gotttrunkener Mystiker‘.“<sup>7</sup>

Mit der Religion allein war es jedoch nicht getan. Bis heute kriert das enorm gewachsene akademisch geprägte Kleinbürgertum beständig diverse weltanschauliche Strömungen, denen Thalheimer auch im kubanischen Exil nicht auswich und nach Möglichkeit begegnete. „So auch jetzt das Auftauchen der ‚Phänomenologie‘ oder des ‚Existentialismus‘ in Frankreich und England nach der Niederlage Nazideutschlands. (...) Worin besteht das Neue in der Maskierung oder Verkleidung bei der ‚Phänomenologie‘ oder ‚Existenzialphilosophie‘? Einfach darin, dass das Bewusstsein, das Denken, das Ich, oder welche Namen man wählen will, nicht mehr in seiner abstrakten Reinheit

dazu, um als dieses Pudels Kern das alte ‚Bewusstsein‘ zu entdecken. Immer und überall ist es das menschliche Denken oder Bewusstsein, das hier das aktive, dominierende, wesentliche Element ist. Das andere ist Zubehör, beherrscht vom Denken und letzten Endes eine Art oder Modalität des Denkens.“<sup>8</sup>

## Proletarische Demokratie

1941 war es Thalheimer gelungen, aus dem von den Nazis nicht besetzten Südfrankreich nach Kuba zu fliehen. Mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges trafen die Einflussphären der zwangsläufigen Kriegsalliierten von der Elbe über die Neiße bis hin zur Adria direkt aufeinander. Diese neue weltpolitische Situation galt es nun für Thalheimer im Hinblick auf die weitere Entwicklung sozialistischer Möglichkeiten zu bestimmen:

„Für uns ist die sozialistische Ausdehnung an sich eine geschichtliche Notwendigkeit, die gegenüber der imperialistischen Ausdehnung das höhere Recht hat, weil sie eine überlebte gesellschaftliche Ordnung vernichtet und bestimmte, vorwiegend negative Voraussetzungen

<sup>7</sup> August Thalheimer u. Abram Deborin: Spinozas Stellung in der Vorgeschichte des Dialektischen Materialismus. Reden und Aufsätze zur Wiederkehr seines 250. Todestages, Wien/Berlin 1928, S. 86

<sup>8</sup> August Thalheimer: Zurück in die Eierschalen des Marxismus? Zum Existentialismus als bürgerliche Philosophie, hg. v. der Gruppe Arbeiterpolitik, o. O., S. 5 ff.



für eine höhere gesellschaftliche Ordnung schafft. Die imperialistische Propaganda schwenkt die Fahne der Demokratie gegen die sozialistische Ausdehnung, die sie täglich selber mit Füßen tritt. Unsere Kritik geht dagegen aus vom Standpunkt der Demokratie der Werktätigen und des sozialistischen Internationalismus, der zugleich der Standpunkt des wirklichen Kommunismus ist, und der die lokalen sozialistischen Interessen vom Gesichtspunkt des revolutionäre Gesamtinteresses aus einsetzt und behandelt. Die Stalinsche Methode der sozialistischen Ausdehnung schädigt und gefährdet nicht nur die sozialistische Ausdehnung, sondern auch den Bestand des Sowjetstaates selbst. Sie ruft in den werktätigen Klassen der Länder, die diesen Methoden unterworfen sind, gegen sich auf das mit Füßen getretene nationale Selbstgefühl wie die Gewohnheiten der proletarischen Demokratie. Sie arbeitet so den inneren und äußeren konterrevolutionären Kräften in die Hände.“<sup>9</sup>

Auf lange Sicht erhielt diese Skepsis spätestens um 1990 ihre letztendliche Bestätigung, hinweg über Aufstände wie 1953 in der DDR, 1956 in Ungarn und den Dezemberaufstand 1970 in Polen. Die Wahrnehmung des Realsozialismus in den Arbeiterklassen der westlich-kapitalistischen Länder maß sich zuvorderst am Konsumniveau, ohne zu fragen oder wissen zu wollen, weshalb mit Ausnahme Ostdeutschlands die ehemals agrarisch strukturierten Länder Osteuropas manche Entwicklungsdefizite aufwiesen und sie eben nicht den Vorstellungen entsprachen, die selbst in diesen Ländern beschönigend propagiert wurden. „Nichts leichter daher, aber auch nichts verkehrter, als die aus der Bewegung eines Landes gewonnenen Resultate von ihren Voraussetzungen zu isolieren, zu verallgemeinern und dann auf ein anderes Land zu übertragen.“<sup>10</sup>

## Untergang möglich

Denn die nähere Kenntnis der innerrussischen Verhältnisse befähig-

te August Thalheimer 1946 zu der Einschätzung, dass Sowjetrußland sich den wirtschaftlichen Bedingungen für den Sozialismus angenähert, dennoch aber hinreichende Bedingungen für den Sozialismus noch nicht erreicht habe, während es sich „gleichzeitig von den politischen Bedingungen für den Sozialismus entfernt, indem es die sozialistische Demokratie und überhaupt alle sonstigen Ansätze für eine Demokratie der Werktätigen beseitigte, indem es die Staatsmaschine ungeheuer verstärkte und der Masse der Arbeitenden als universelle Zwangsgewalt gegenüberstellte, indem es so die Selbsttätigkeit und Selbstbestimmung der Masse der Arbeitenden aufhob. (...) Es genügt da nicht zu sagen, dass, wenn die wirtschaftlichen Bedingungen für den Sozialismus voll erreicht sein werden, dann die staatliche Zwangsgewalt in ihrer heutigen extremen Form, die heutige herrschende Oberschicht ‚überflüssig‘ und deshalb ‚irgendwie‘ zum Verschwinden gebracht wird. (...) Die Umkehrung kann nur erfolgen, wenn die atomisierten Arbeiter ein selbst bestimmendes und kollektiv handelndes Ganzes werden im Widerstand gegen die allmächtige Staatsmaschine. Nur dieser Kampf kann die politischen Vorbedingungen schaffen für die ‚klassenlose Gesellschaft‘. Über die Formen, die dieser Kampf annehmen wird, wenn es dazu kommt, lässt sich heute noch nicht bestimmen. Wir sagen ausdrücklich, wenn es dazu kommt. Eine Lösung des Widerspruchs ist auch der Untergang dieses ersten Versuches in großem Maßstab, den Horizont der kapitalistischen Gesellschaft zu überschreiten.“<sup>11</sup>

Zur eigenständigen Initiative hin zu einem Ausweg aus der kapitalistischen Produktionsweise der lohnabhängigen Klassen in den westeuropäischen Ländern ist es seither nicht gekommen. Nach dem Zweiten Weltkrieg äußerte August Thalheimer in den von Kuba nach Deutschland übersandten monatlichen Übersichten seine Hoffnung auf „eine neue geschichtliche internationale Initiative der Arbeiterkassen Mittel- und Westeuropas.“

9 August Thalheimer: Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg, Hg. v. der Gruppe Arbeiterpolitik, o. J., S. 21

10 August Thalheimer: Die Grundlagen der Einschätzung der Sowjetunion, Stuttgart 1952, S. 18

11 Arbeiterpolitik, 2. Jg. (1971), Nr. 1 (5.2.1971), S. 11

12 August Thalheimer: Westblock–Ostblock, Welt- und Deutschlandpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg, Internationale Übersichten 1945–48. Erweitert durch Briefe und Dokumente. Mit Einleitung und Anmerkungen der Gruppe Arbeiterpolitik, Bremen 1992, S. 253

## Arbeiterstimme

Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis

4x im Jahr, pro Heft € 3.- / Abo € 13.-

Aus dem Inhalt der letzten Nummern:

### Nr. 224 Sommer 2024, 24 S.

- Nationale Befreiungsbewegungen
- Der folgenreiche Stellvertreterkrieg der Ukraine
- Brauchen wir eine linke Partei und was soll sie?
- A Golden Opportunity
- 25 de Abril '74: Nelkenrevolution in Portugal

### Nr. 223 Frühjahr 2024, 32 S.

- Die Ampelkoalition in Schwierigkeiten
- Die Massendemonstrationen in Deutschland zur Rettung der Demokratie
- Kriegstüchtigkeit als Handlungsmaxime
- Chile – Das Ende des Verfassungsprojektes
- Jeder Tag, den Kuba übersteht, ist ein Sieg
- Robert Siewert. Eine Biographie
- Nachruf: Gerd Callesen (1940–2023)

### Nr. 222 Winter 2023, 28 S.

- Das Erstarken der AfD
- Die Landtagswahlen in Bayern
- Unsere Jahreskonferenz 2023
- Partei Die Linke – Das Ende eines linken Projektes?
- Spaltprodukt BSW – Wohin geht die Reise?
- Die Wagenknecht-Partei und die Krise der Linken
- Der Globale Süden – die globale Wende?
- Der Gazakrieg

### Nr. 221 Herbst 2023, 20 S.

- China, Feind und Partner im Wettbewerb. Alles klar?
- Die Legende vom deutschen Oktober 1923
- Was geht in Peru vor? Teil III
- Losurdos Blick auf die Friedensidee und ihre Folgen

Bestellungen bitte an:

**Arbeiterstimme**

Postfach 910307

90261 Nürnberg

Probehefte versenden wir gratis!

**Arbeiterstimme**

www.arbeiterstimme.org

(...) Die Aufgabe als solche zu erkennen, ist der Anfang zu allem Weiteren".<sup>12</sup> Die Bedingungen dafür auszumachen bedarf methodischer Kenntnis, die sich

im Werk von August Thalheimer aufspüren lässt.

Hubert Zaremba

Der Artikel erschien zuerst am 18.03.2024 in der Jungen Welt. Der Autor hat ihn uns mit kleinen Ergänzungen zum Nachdruck überlassen

# GEGEN DEN STROM

ORGAN DER KPD (OPPOSITION)

Nr. 44  
2. November

Herausgegeben von A. Thalheimer, H. Brandler, J. Walcher, E. Hausen  
Begründet von der K. P. D.-Ortsgruppe Breslau (Opposition)

Erscheint wöchentlich Sonnabends — Postscheckkonto: H. Brandler, Berlin 47896 — Postabonnementspreis für das Vierteljahr 1,80 M. zuzügl. Bestellgeld — Eingetragen im 3. Nachtrag der Postzeitungliste. — Erscheinungsort: Berlin  
Einsendungen an die Redaktion und Expedition sind zu richten an: Junius-Verlag Berlin SW 48, Wilhelmstraße 37.38

20 Pf.  
2. Jahrg. 1929

## Unser Kampf gegen den Faschismus

### Ultralinke Argumente für ihn!

#### 1. Das Ergebnis des Volksbegehrens und die faschistische Gefahr.

Das Volksbegehren der Hitler-Hugenberg hat mit einem Mißerfolg geendet. Die verbündeten Nationalsozialisten, Stahlhelmer und Deutschnationalen haben nicht die 10% aller Stimmberechtigten aufgebracht, die zur Einleitung eines Volksentscheids notwendig sind. Im ganzen haben sich nach den bisherigen Meldungen etwa 3—3½ Millionen für das Volksbegehren eingezeichnet. Das ist nur ein Teil der Wähler, die bei den letzten Reichstagswahlen für Deutschnationale oder Nationalsozialisten

wir hinzu, daß alle bürgerlichen Parteien sich über die Ziele der Kapitaloffensive, über die Art der Abwälzung der Lasten des Young-Planes einig sind. Die Bürgerblocktendenzen haben so eine sehr reale Grundlage. Die Kardorff usw. wollen die Sozialdemokratie einen Platz heruntersetzen, sie wollen mehr Ellbogenfreiheit für die Durchführung der sozialen Ziele des Kapitals. Sie wollen aber noch nicht den Rahmen der parlamentarischen Demokratie sprengen. Sie wollen sich noch die Möglichkeit, mit der Sozialdemokratie von Fall zu Fall zusammenzuarbeiten, erhalten. Noch ist die faschistische Massen-



1924 – 2024  
100 Jahre Rote Hilfe  
100 Jahre Solidarität

Online Beitritt



Die Rote Hilfe e.V. ist eine parteiunabhängige, strömungsübergreifende linke Schutz- und Solidaritätsorganisation.

Die Rote Hilfe organisiert nach ihren Möglichkeiten die Solidarität für alle, unabhängig von Parteizugehörigkeit oder Weltanschauung, die in der Bundesrepublik Deutschland aufgrund ihrer politischen Betätigung verfolgt werden. **Unsere Solidarität gegen ihre Repression!**

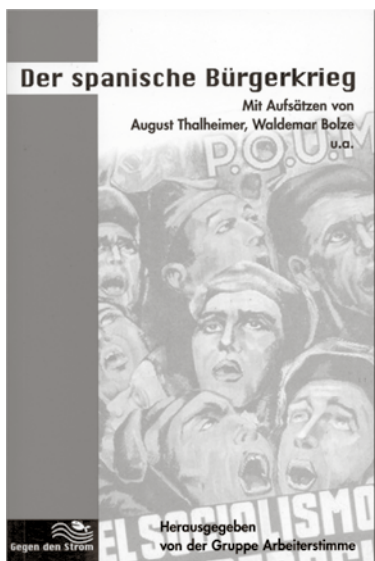
info@rote-hilfe.de ★ www.rote-hilfe.de



**DIE ROTE HILFE** erscheint viermal im Jahr und kostet 2 Euro, im Abonnement 10 Euro im Jahr. Für Mitglieder der Roten Hilfe e.V. ist der Bezug der Zeitung im Mitgliedsbeitrag inbegriffen. **Gefangene erhalten die Zeitung kostenlos.**

Schwerpunkt 3/2024:  
100 Jahre Rote Hilfe

# Der spanische Bürgerkrieg



Die Niederlage der spanischen Republik 1939 war eine Niederlage für die spanische und internationale Arbeiterbewegung und ist bis heute Thema ungezählter Bücher.

Die Aufsätze in dem vorliegenden Buch sind erstmalig in der *Arbeiterstimme* in den Ausgaben September 1986 bis Okto-

ber 1987 veröffentlicht und später in einer Broschüre zusammengefasst worden.

Uns war es wichtig diese längst vergriffene Broschüre mit einigen Ergänzungen neu aufzulegen.

Denn es handelt sich um eine der seltenen Darstellungen der Ereignisse in Spanien aus der Sicht der KPO (Kommunistische Partei – Opposition), bzw. der sich in diese Tradition stellenden Gruppe. Die Position dieses Teils der Arbeiterbewegung wird in der bis heute andauernden Diskussion kaum zur Kenntnis genommen. Im Anhang werden einige Diskussionsbeiträge aus unserer Zeit dokumentiert. Die Kämpfe in Barcelona im Mai 1937, und die Kontroverse um den „Fall Maurin,“ werden unter Verwendung erst jetzt zugänglicher Materialien dargestellt.

Wir sehen dieses Buch auch als einen Beitrag zur Diskussion über eine der Ursachen, die zur weltweiten Niederlage der Arbeiterbewegung und der Ansätze zum Sozialismus geführt haben.

**240 Seiten, Paperback, 12,- €**  
 ISBN 3-00-010296-5  
 Herausgegeben von der  
*Gruppe Arbeiterstimme*

Silke Makowski

## „Helft den Gefangenen in Hitlers Kerkern“ Die Rote Hilfe Deutschlands in der Illegalität ab 1933



Zeitungsverkauf sowie Flugblattverteilungen gegen den NS-Terror fanden selbst in kleineren Orten statt, während in größeren Städten noch über Jahre hinweg ein gut organisierter illegaler Apparat existierte, der die Arbeit der Basiszellen koordinierte. Durch internationale Kontakte konnten weltweite Freilassungskampagnen initiiert und die Flucht von Verfolgten organisiert werden. Zahllose Rote HelferInnen wurden für ihren Widerstand zu hohen Strafen verurteilt, und viele von ihnen wurden von den Nazis ermordet.

Die Broschüre zeigt die Bandbreite des Widerstands der Roten Hilfe gegen den NS-Terror auf und regt durch viele Beispiele aus verschiedenen Städten und Regionen zur eigenen Spurensuche vor Ort an.

Der antifaschistische Widerstand der Roten Hilfe Deutschlands (RHD) ist bisher weitgehend unbekannt, obwohl sich Zehntausende AktivistInnen aus verschiedenen sozialistischen Strömungen daran beteiligten. Spendensammlungen für die politischen Gefangenen, interner

**Schriftenreihe des Hans-Litten-Archivs zur Geschichte der Roten Hilfe – Band I**  
 DIN A 4, 120 Seiten, 7,- Euro  
 ISBN 3-9809970-4-9

## Faschismus in Deutschland



Analysen und Berichte der KPD-Opposition 1928 bis 1933

Herausgegeben und eingeleitet von der Gruppe Arbeiterpolitik  
 296 Seiten, Klebebindung. 8,00 €.

Wieder Lieferbar:

Die Bremer Linksradikalen



## Aus der Geschichte der Bremer Arbeiterbewegung bis 1920

65 Seiten, Broschur. 3,- €.

Bestelladresse:  
 Arbeiterstimme, Postfach 910307  
 90261 Nürnberg  
 oder: [redaktion@arbeiterstimme.org](mailto:redaktion@arbeiterstimme.org)

Bestelladresse:  
 Arbeiterstimme, Postfach 910307  
 90261 Nürnberg  
 oder:  
[redaktion@arbeiterstimme.org](mailto:redaktion@arbeiterstimme.org)